

Deutschlands Kraft und Europas Vertrauen oder: Die Selbstbewussten, die Befangenen und die Betroffenen der neuen deutschen Außenpolitik

„Unser Nationalbewußtsein basiert (...) nicht auf den Traditionen eines wilhelminischen ‚Abstammungsrechts‘, sondern auf der Selbstgewißheit unserer Demokratie. Wir sind stolz auf dieses Land, auf seine Landschaften, auf seine Kultur, auf die Kreativität und den Leistungswillen seiner Menschen. Wir sind stolz auf die Älteren, die dieses Land nach dem Krieg aufgebaut und ihm seinen Platz in einem friedlichen Europa geschaffen haben. Wir sind stolz auf die Menschen im Osten unseres Landes, die das Zwangssystem der SED-Diktatur abgeschüttelt und die Mauer zum Einsturz gebracht haben. Was ich hier formuliere, ist das Selbstbewußtsein einer erwachsenen Nation, die sich niemandem über-, aber auch niemandem unterlegen fühlen muß, die sich der Geschichte und ihrer Verantwortung stellt, aber bei aller Bereitschaft, sich damit auseinanderzusetzen, doch nach vorne blickt. (...) Auch unsere Nachbarn in Europa wissen, daß sie uns als Deutschen umso mehr trauen können, je mehr wir Deutschen selbst unserer eigenen Kraft vertrauen.“

Gerhard Schröder¹

„Wenn eine Regierung viel über Selbstbewußtsein redet, hat sie wahrscheinlich keines. Auf mich macht die deutsche Regierung (Gerhard Schröders, G.H.) einen nervösen Eindruck. (...) Ganz Europa schaut skeptisch auf Deutschland.“

Cees Nooteboom²

„Man hat einmal gesagt, die Nation ist kein Fiaker, aus dem man an der nächsten Ecke aussteigen kann, wenn einem die Fahrt nicht mehr gefällt. Das bleibt richtig, auch wenn die Verkehrsmittel modernere geworden sind; heute ist die Nation eher ein Hochgeschwindigkeitszug, der in eine Gegend rast, von der niemand weiß, ob es dort überhaupt Schienen gibt.“

Peter Sloterdijk³

„Man wird sich hüten müssen, wieder einmal – wie so oft – falschen Alternativen zum Opfer zu fallen. Zwischen den sogenannten Funktionalisten (Schritt für Schritt und je nach konkreter Erfahrung mit gegebenen Kräften) und den sogenannten Konstitutionalisten (so rasch wie möglich in Richtung auf eine europäische Verfassung mit Parlament und Regierung) ist in Wahrheit, soweit sie das Ziel gemeinsam haben, kein wesentlicher Unterschied. (...) Der eigentliche Unterschied besteht zwischen den planlosen Pragmatikern einerseits, die sich nur allzu gern erfahrene Praktiker nennen, (...) und den sowohl konstitutionalistischen wie funktionalistischen Föderalisten andererseits (...). Damit ist der Weg ‚nach Straßburg‘ (...) bezeichnet: Arbeit dort, die bescheiden sein wird und allein unmöglich uns retten kann, Arbeit darüber hinaus für eine Verfassungsgebende Europäische Versammlung.“

Eugen Kogon⁴

„The self has a character which is different from that of the physiological organism proper. The self is something which has a development; it is not initially there, at birth, but arises in the process of social experience and activity, that is, develops in the given individual as a result of his relations to that process as a whole and to other individuals within that process.“

George Herbert Mead⁵

„Parents are often at fault, but the kids have some work to do, too.“

James Dean⁶

1 „Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen ...“. Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag, 10. November 1998. In: Bulletin, Nr. 74 (11. November 1998):910.

2 Der holländische Schriftsteller äußerte sich in der ARD Talkshow „Sabine Christiansen“ am 3.1.1999 zum Thema „1999 – Die Deutschen kommen“. Zitiert nach <http://www.sabine-christiansen.de/03011999.htm>.

3 Landeskundliche Bemerkungen zu den jüngsten deutschen Tränen. In: Psychologie heute, März 1990:51.

4 Nach Straßburg. In: ders. Europäische Visionen, Band 2 der Gesammelten Schriften, hrsg. von Michael Kogon und Gottfried Erb (verfaßt 1950, ursprünglich erschienen in: Frankfurter Hefte, Oktober 1951), Weinheim: Quadriga Verlag 1995:116-117, 118.

5 Mind, Self, and Society From the Standpoint of a Social Behaviorist (edited and with an introduction by Charles W. Morris), Chicago: The University of Chicago Press 1967(1934):135.

6 In einem Interview über das Thema seines letzten großen Films, „Rebel Without a Cause“ (dt. „Denn sie wissen nicht, was sie tun“); zit. nach <http://www.jamesdean.com/&p=jamesdean>.

1. Einleitung: Die Kontinuität der Kontinuitätsrhetorik

Das hervorstechendste Merkmal deutscher Außenpolitik seit 1990 ist die Kontinuität der Kontinuitätsrhetorik. Helmut Kohl hatte sie nach der gewonnenen Bundestagswahl im Dezember 1990 genauso eingesetzt wie Gerhard Schröder nach seinem Sieg im Herbst 1998. Mochte sich die Republik im Innern auch noch so sehr ändern, mochte sich ihr äußeres Umfeld dramatisch verschieben – die Grundkonstanten deutscher Außenpolitik, sie sollten dieselben bleiben. Politisch gab und gibt es für diese Rhetorik fast durchwegs gute Gründe, denn angesichts einer einhellig konstatierten „Erfolgsgeschichte“ bundesrepublikanischer Außenpolitik auf der einen Seite sowie, auf der anderen, deutlicher Sorgen im Ausland, dass es damit nach der Vereinigung vorbei sein könnte, sprach alles dafür, eine Fortsetzung des Alten selbst dann zu beschwören, als vieles sich änderte. Die Rede von der Kontinuität bundesdeutscher Außenpolitik hatte zudem innen wie außen eine dankbare Zuhörerschaft, denn sie handelte von einer guten alten Zeit der „Beschaulichkeit“ und „Bescheidenheit“ der alten Bundesrepublik, die man heute als „Bonner Republik“ fast schon in der historischen Nähe der „Weimarer Republik“ wiederfindet.

Die politisch nachvollziehbare Rhetorik der Kontinuität wirft allerdings dann Probleme auf, wenn sie den Blick auf jene neuen Facetten deutscher Außenpolitik verstellt, die grundlegende Verschiebungen in der außenpolitischen Akzentsetzung andeuten, wenn nicht sogar bereits offen legen. Solche Verschiebungen, wenn es sie denn wirklich gibt, nachzuzeichnen und verständlich zu machen, ist eine der zentralen Aufgaben, die die Öffentlichkeit im Allgemeinen und die außenpolitischen Praktikerinnen im Besonderen den Theoretikern der Außenpolitik zugewiesen haben. Mir wurde die Aufgabe zugewiesen, „Prämissen, Interessen und Ziele des akademischen Diskurses zur Außen- und Sicherheitspolitik“ zu diskutieren. Ich will dem auf zweierlei Art nachkommen. Zum einen will ich in groben Zügen – und in Teilen recht pointiert – vor allem das letzte Stück jener kurzen Wegstrecke beschreiben, die wir in den letzten zehn Jahren von einer (vermeintlich) selbstbewusstlosen Bonner Republik zur selbstbewussten erwachsenen Nation der Berliner Republik zurückgelegt haben.⁷ Zum anderen will ich zu skizzieren versuchen, wodurch sich eine solche Beschreibung des außenpolitischen Diskurses des vereinigten Deutschland von gängigen alternativen „wissenschaftlichen“ Beschäftigungen mit Außenpolitik unterscheidet und sich ihnen gegenüber (möglicherweise) auch auszeichnet. Insofern könnten diese Ausführungen sowohl als ein Beitrag zur wissenschaftlichen Außenpolitikanalyse als auch als Kommentar zu aktuellen Entwicklungen deutscher Außenpolitik gelesen werden.

Im Einzelnen werde ich folgendermaßen vorgehen. Zunächst werde ich im zweiten Teil in einer metaphorisch und typologisch zugespitzten „tour d’horizont“ die großen Linien der Veränderung in der deutschen Außenpolitik skizzieren. Hiernach werde ich die Bedeutung einer solchen Präsentationsweise vor dem Hintergrund innerwissenschaftlicher Debatten zum Stellenwert der Außenpolitikanalyse diskutieren und begründen (Abschnitt 3). In einem weiteren Schritt werde ich den Nutzen einer solchen Vorgehensweise vor dem Hintergrund gängiger Anforderungsprofile aus der „praktischen Politik“ mit einigen Beobachtungen zur Entwicklung der europapolitischen Orientierung der neuen Bundesregierung unter Gerhard Schröder illustrieren (Abschnitt 4) sowie auf Gefahren hinweisen, die mit der sich (aus meiner Sicht) andeutenden normalisierenden Nationalsozialisation einhergehen könnten (Abschnitt 5), bevor Interventionsmöglichkeiten für einen alternativen Kurs kurz angerissen werden (Abschnitt 6). Der Beitrag schließt mit einem zusammenfassenden Plädoyer für eine wissenschaftliche Beschäftigung mit Außenpolitik im Sinne einer pragmatisch-hermeneutischen Einmischung, die sich weder allzu sehr an unmittelbaren Verwertungsinteressen der Praktiker, noch an einem praxisenthobenen Projekt der Wissenschaftlichkeit als Wahrheitssuche orientiert (Abschnitt 7).

2. Die (unbegründete) Furcht vor einem Deutschland, das nicht „Nein“ sagen kann

Die Veränderungen, die ich beschreiben will, sind insofern schleichend vonstatten gegangen, als sie sich hinter der Mauer der Kontinuitätsrhetorik langsam und zugleich weitgehend lautlos vollzogen haben. Dass sie erst jetzt stärker ins Bewusstsein rücken, hat vor allem damit zu tun, dass der Regierungswechsel vom Herbst 1998 ganz offensichtlich einen Generationswechsel markiert und dieser Generations- und Regierungswechsel darüber hinaus mit einem Regierungsumzug zusammenfällt, den der neue Kanzler in symbolischer Form auch als einen Einzug in eine neue Republik verstanden wissen will. Wie die Talkshows und Feuilletons der ersten Monate nach dem Regierungswechsel zeigen, ist die „Berliner Republik“ als nahe liegende Metapher für die Bezeichnung alles Neuen schon weitgehend akzeptiert. Es ist zwar noch ziemlich verschwommen, wofür sie letzten Endes im Einzelnen stehen wird, aber dass sich

7 Da eine erste Fassung dieses Beitrages bereits im Februar 1999 im Rahmen des AFK-Kolloquiums vorgetragen wurde und ich größere Veränderungen am Manuskript nicht vornehmen wollte, bin ich auf neuere Entwicklungen im Zusammenhang mit der deutschen Rolle im Kosovo-Krieg an dieser Stelle nicht eingegangen, sondern habe mich auch in der überarbeiteten Fassung (Stand September 1999) auf die deutsche Europapolitik konzentriert. Eine detaillierte Auseinandersetzung mit der deutschen Rolle im Kosovo-Krieg (vor allem im Kontrast zum Golfkrieg) findet sich in meiner Studie Hellmann 1999.

in zwanzig Jahren in ihr all das bündeln wird, was wir an Gutem wie Schlechtem über diese Republik zu sagen haben werden, ist jedem einleuchtend, der die Begriffsgeschichte der Metapher von der Weimarer Republik kennt.⁸

Erste Anhaltspunkte dafür, wie wir in 20 Jahren möglicherweise über die Berliner Republik reden werden, lassen sich aber bereits heute in der Art und Weise ausmachen, wie die Ausrufung der Berliner Republik mit der *zeitgleichen* Ausrufung und Verabschiedung der Bonner Republik verknüpft wird. Der geografisch-ideologischen Teilung Deutschlands in einen westlichen und einen östlichen Teil nach dem Zweiten Weltkrieg folgt nun gleichsam die historisch-ideologische Teilung der Bundesrepublik in einen abgeschlossenen Bonner und einen gerade im Entstehen begriffenen Berliner Teil. Diese neue deutsche Teilung – diesmal vorgenommen durch die Deutschen selbst – kommt nicht von ungefähr. Wie so vieles andere in den letzten 50 Jahre ist sie in mancher Hinsicht ein Geschenk der Amerikaner. Zum einen haben die Amerikaner durch ihre herausragende Rolle in den „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen eine Berliner Republik politisch möglich gemacht. Zum anderen hat ein Amerikaner, der lange Jahre in Berlin gearbeitet hat, sie auf den Begriff gebracht. Mehr als ein Jahr bevor diese Metapher 1995 den Segen durch die Protagonisten der linken und rechten Intelligenz (durch Jürgen Habermas bzw. Johannes Gross) erhielt, hatte der ehemalige stellvertretende Direktor des Berliner Aspen Institute, Daniel Hamilton, die außenpolitische Klasse Amerikas in einer Programmschrift darauf vorbereiten wollen, dass die Außenpolitik einer kommenden Berliner Republik zwar keinen Bruch mit der Außenpolitik der Bonner Republik darstellen, aber in mancherlei Hinsicht mit neuen Akzenten aufwarten würde.⁹ Wo Bonn als halb-souveränes und abhängiges Produkt des Kalten Krieges erschien, so Hamilton, würde Berlin sich seiner vollen Souveränität langsam aber sicher bewusst werden und verstärkt gestaltend eingreifen. Wo Bonn es sich zur Gewohnheit gemacht hatte, sich selbst als internationales Leichtgewicht zu beschreiben, würde Berlin sich mit gewachsenem politischen Selbstbewusstsein einmischen („more assertive“). Und wo Bonn sich per „Scheckbuchdiplomatie“ als einer Art Ersatzdienstleistung für die – von *niemandem* gewünschte – Entsendung der Bundeswehr finanziell aus der Affäre zog (und ziehen musste), würde sich Berlin „den Luxus“, bloße „Zivilmacht“ zu sein, während die verbündeten Machtstaaten es militärisch schon richten würden, nicht mehr leisten können (und auch nicht mehr leisten wollen). Die neue Berliner Republik, so Hamilton, würde damit aber keineswegs ihre ganze Bonner Vergangenheit abschütteln. In vielmehr würde sie an die erfolgreiche Tradition ihres Bonner Vorläufers anknüpfen. Trotzdem müssten sich die Amerikaner, der primäre Adressatenkreis seiner Analyse, auf ein anderes Deutschland einstellen (Hamilton 1994:17).

Hamilton gab allerdings nicht nur Prognosen ab, worin sich die Berliner von der Bonner Republik außenpolitisch unterscheiden würde, er äußerte auch eigene Hoffnungen und Befürchtungen sowie Einschätzungen, was die Deutschen selbst hofften bzw. befürchteten. Die Deutschen selbst, so Hamilton, würden beispielsweise weniger befürchten, dass sie nun wieder der Machtpolitik erliegen könnten. Vielmehr würden sie fürchten, Opfer eines „*anti-imperial overstretch*“ zu werden. Ihr Problem bestünde nämlich nicht mehr darin, dass sie zu viele misstrauische Nachbarn hätten, sondern zu viele bedürftige Freunde. Wenn die Deutschen sich selbst als „Anwalt“ für jedermann in Europa verstünden (oder von den meisten in diesem Sinne in Anspruch genommen würden), dann müssten sie selbst vor allem „ein Deutschland fürchten, das nicht ‚Nein‘ sagen kann“, wie Hamilton in Anspielung auf einen japanischen Klassiker der 1980er Jahre pointiert zuspitzte (ebd.).

Sechs Jahre sind seit der Veröffentlichung seiner metaphorprägenden Analyse zur (damals noch) kommenden Berliner Republik vergangen. Hamilton selbst würde heute wohl einräumen, dass die Befürchtungen etwas übertrieben waren, dass Deutschland sich willig dem Schicksal der „anti-imperialen Überdehnung“ ergeben würde. Die Berliner Republik stellt sich vielmehr als gelehriger Schüler heraus, wenn es darum geht, nach all den Jahren ergebener Ja-Sagerei immer öfter „Nein“ sagen zu lernen. Es gelingt zwar nicht von heute auf morgen, das „Nein“ richtig auszusprechen, wenn man vierzig Jahre lang das schwierige Wort „Ja“ geübt hat und sich damit – alles in allem – recht gut verständigen konnte. Aber da „Nein“-Sagen insgesamt leichter zu erlernen ist und die Deutschen in diesen Dingen ohnehin zu den besten ihrer Klasse gehören, verläuft dieser Lernprozess doch recht zügig.

Die Bonner, die außenpolitisch gut „Ja“ sagen konnten, und die Berliner, die endlich zweisprachig werden wollen – das ist *ein* Bild deutscher Außenpolitik am Ende eines Jahrhunderts, das sich – zumindest in Europa – anschiekt, auch als das „deutsche Jahrhundert“ zu enden, als das es weit unrühmlicher begonnen hatte (Huelshoff 1993:1). Und dieses Bild trifft die Lage, wie viele Deutsche sie sehen, wohl nicht schlecht.

8 Was die „Berliner“ von der „Weimarer Republik“ unterscheidet, ist nicht zuletzt die Geschichte der Entstehung des Begriffs. Als es sie noch gab, sprach niemand von der „Weimarer“ Republik; sie ist vielmehr eine Erfindung der Nachkriegszeit. Unter den Zeitgenossen war es vielmehr üblich, von der „deutschen Republik“ zu reden; vgl. etwa die Ausführungen des damaligen „Präsidenten des Reichsministeriums“, Gustav Bauer, in der Debatte der Nationalversammlung über den Friedensvertragsentwurf von Versailles am 22. Juni 1919, in Teilen abgedruckt in: Michalka/Niedhart 1980:126. Nachdem sich der Begriff der „Weimarer Republik“ nach dem Zweiten Weltkrieg allerdings eingebürgert hatte, verbanden sich mit ihm vor allem im Kontrast zur (damaligen) „Bundesrepublik“ alle Hoffnungen und Befürchtungen im Hinblick auf die Stabilität des westdeutschen Teilstaates; zur Debatte darüber, inwieweit „Bonn“ „Weimar“ ähnelte (oder auch nicht) vgl. vor allem Möller 1988(2):587-616.

9 Vgl. Hamilton 1994; ferner Gross 1995 sowie Habermas, Normalität 1995. Hamilton wird in der Regel die Prägung des Begriffs zugeschrieben (vgl. etwa Kaiser 1998:2), und auch Hamilton selbst meint, diesen Begriff als Erster gebraucht zu haben (Korrespondenz des Autors mit Daniel Hamilton). Allerdings lässt sich zumindest für das Jahr 1993 ein anderer Nachweis des Begriffes finden (vgl. Heinrich 1993:19-37).

Man könnte dieses Bild aber auch dadurch pointiert variieren, dass man den Bonner „Ja-Sagern“ das Etikett der „Befangenheit“ anheftet und den bilingualen Berlinern das Etikett „Selbstbewusstsein“ verleiht. Darin wird meine Strategie in diesem Beitrag bestehen. Da Etikette unvermeidlich sind, wenn man ein Produkt verkaufen will, muss man sie sorgsam auswählen: Sie dürfen nicht zu grell, aber auch nicht zu altbacken aussehen. Sie sollen vielmehr zum Kauf einladen. Die Etikettierung der neuen und alten deutschen Außenpolitiker, die ich vorschlage, orientiert sich angesichts dessen an dem, was sozusagen „in den Produkten selbst drinnen steckt“. Meine selbstbewussten Außenpolitiker sind diejenigen, die meinen, dass zum Leben eines Erwachsenen das „Ja“ und das „Nein“ dazugehören und dass mit wachsender Reife zunehmend Verzicht geübt werden muss, weil eben nicht alle Wünsche im Leben erfüllt werden können. Und da sie keine Kinder mehr sind, sondern erwachsen sein wollen und das „entweder-oder“ zum Erwachsensein nun mal dazu zu gehören scheint, sagen sie im Zweifelsfall eher mal „Nein“. Die Prototypen meiner Selbstbewussten unter den deutschen Außenpolitikern, sind Gerhard Schröder und Edmund Stoiber, ihr prototypischer intellektueller Stichwortgeber ist Rainer Zitelman.¹⁰ Meine befangenen Außenpolitiker sind demgegenüber diejenigen, die am liebsten immer „Ja“ sagen würden und davon zehren, „Ja“ auch als Antwort zu hören. Sie wissen zwar auch, dass man manchmal um ein „Nein“ nicht herum kommt, denken aber gleichzeitig, dass man dieses ungeliebte „Nein“ umso häufiger zu hören bekommt, je seltener man selbst „Ja“ sagt. Daher sagen sie im Zweifelsfall eher „Ja“ oder aber „sowohl-als-auch“. Die Prototypen meiner Befangenen unter den deutschen Außenpolitikern sind Joschka Fischer und Helmut Kohl, ihr prototypischer intellektueller Stichwortgeber ist Jürgen Habermas.¹¹

Diese Einordnung in zwei Regalen, so wird wohl ein unmittelbarer Einwand lauten, ist nicht gerade verkaufsfördernd, weil sie zusammenpackt, was nicht zusammenzugehören scheint. Ich denke aber, dass die von mir gewählte Verkaufsstrategie sich auszahlen könnte, weil sie das Augenmerk der potenziellen Kunden auf einen Aspekt lenken könnte, der mir wichtig ist: Auf einen sehr knappen – und bestimmt nicht unstrittigen – Nenner gebracht, hat es in meiner Interpretation deutscher Außenpolitik in diesem Jahrhundert vor allem dann Probleme gegeben, wenn die Deutschen ihr Selbstbewusstsein hervorgekehrt und lieber „Nein“ als „Ja“ gesagt haben. Demgegenüber sind die Deutschen selbst wie auch ihre Nachbarn am besten damit klar gekommen, dass die Deutschen, wenn schon nicht zu allem „Ja“ und „Amen“, so doch im Zweifelsfall eher mal „Ja“ gesagt haben. Ihrem Wohlbefinden, so lehrt meines Erachtens die Bonner Republik, hat es nicht gerade geschadet. Da sie in den letzten hundert Jahren de facto aber mehr „Nein“ als „Ja“ gesagt haben, und ihre selbstbewusst vorgetragenen „Neins“ tiefe Spuren im Gedächtnis des Jahrhunderts hinterlassen haben, stößt schon das kleinste Anzeichen, dass sie jetzt wieder selbstbewusst das „Nein“-Sagen einüben, auf nachvollziehbares Misstrauen. Ob dieses Misstrauen „berechtigt“ ist, darüber möchte ich hier nicht streiten. Mir geht es vielmehr darum, einerseits daran zu erinnern, dass es dieses Misstrauen gibt, und andererseits einige skizzenhafte Überlegungen anzustellen, welche unerwünschten Weiterungen sich ergeben könnten, wenn deutsches Selbstbewusstsein und europäisches Misstrauen wieder aufeinander prallen.

3. „Alle Erklärung muss fort ...“: Deutsche Außenpolitik, „wissenschaftlich“ betrachtet

Was hat die Skizzierung dieser beiden konträren Typen eines neuen und alten außenpolitischen Stils und die mit der Entgegensetzung von Berliner Selbstbewusstsein und Bonner Befangenheit einhergehende Postulierung einer schleichenden Veränderung in den Koordinaten der deutschen Außenpolitik mit der Formulierung meines Arbeitsauftrages zu tun, wonach ich „Prämissen, Interessen und Ziele des akademischen Diskurses zur Außen- und Sicherheitspolitik“ diskutieren soll? Was ich hier in zumeist metaphorischer Sprache und zudem noch in sehr groben Strichen skizziert habe, sollte nach meiner Auffassung weit mehr Gegenstand außenpolitischer Analyse sein, als dies derzeit der Fall ist: Wir sollten uns stärker mit der *Beschreibung außenpolitischer Diskurse* befassen. Diskursanalyse in diesem Sinne würde sich sicherlich nicht in Metaphorik verlieren dürfen, sie müsste vielmehr in einem hohen Maße in jener Weise „empirisch“ sein, wie sie ein Ethnograph in der Vorstellung von Clifford Geertz's „dichter

10 Rainer Zitelmann galt Mitte der 1990er Jahre als einer der „intellektuellen Köpfe“ der sich selbst so titulierenden „Neuen demokratischen Rechten“. Unter ihren Publikationen ragten vor allem zwei hervor: Zitelmann/Weißmann/Grossheim 1993 sowie Schwilk/Schacht 1995. Seine herausgehobene Rolle hatte Zitelmann allerdings aufgrund seiner Demontage als Chef des Feuilleton der „Welt am Sonntag“ bereits Mitte 1994 eingebüßt. Die Rede von der „selbstbewußten Nation“, die Schröder (wenn auch mit in Teilen anderen Konnotationen) in seiner ersten Regierungserklärung aufgriff, geht wesentlich auf diese „Neue Rechte“ um Zitelmann zurück. Zur Rezeption dieser „neuen Rechten“ in den USA (und ihrer Kritik) vgl. u.a. Heilbrunn 1996:80-98 sowie die Beiträge unter dem Titel „Mr. Heilbrunn's Planet. On Which the Germans are Back“ von Josef Joffe, Mark Lilla, Michael Mertes, Michael Wolffsohn, Michael Stürmer und Norman Birnbaum sowie Heilbrunns Antwort; vgl. *Foreign Affairs*, Vol. 76, No. 2 (March/April 1997):152-161.

11 Die Liste einschlägiger Publikationen von Jürgen Habermas ist lang. Neben dem bereits erwähnten Band (Normalität 1995) sind insbesondere zu nennen: Jürgen Habermas: *Die nachholende Revolution*. Frankfurt 1990; sowie ders.: *Vergangenheit als Zukunft – Das alte Deutschland im neuen Europa?* Ein Gespräch mit Michael Haller, München 1993. Eine fast schon sentimentale Züge tragende rückblickende Einschätzung der Leistungen Kohls durch Habermas findet sich in „Es gibt doch Alternativen“. Interview mit Jürgen Habermas. In: *Die Zeit*, Nr. 42 (8. Oktober 1998):12-15.

Beschreibung“ praktizieren sollte.¹² Hier möchte ich es – im Blick auf eine stärker empirische, d.h. nicht-metaphorische Unterfütterung – aus Platz- und Zeitgründen bei dieser Skizze belassen und mich stattdessen mehr darauf konzentrieren, wie eine theoretische Begründung außenpolitischer Diskursanalyse aussehen könnte.

Bevor ich etwas ausführlicher darauf eingehe, was ich unter außenpolitischer Diskursanalyse verstehe, möchte ich kurz als Kontrastprogramm skizzieren, mit welchen Prämissen und Zielen sich die meisten Kolleginnen und Kollegen am akademischen Diskurs zur Außenpolitik beteiligen. Dabei gilt es als Erstes festzuhalten, dass das, was wir in der politikwissenschaftlichen Teildisziplin der Internationalen Beziehungen als Außenpolitikanalyse bezeichnen, in den letzten drei Jahrzehnten im Zuge der Ausbreitung szientistischer Forschungspraktiken immer mehr an den Rand gedrängt worden ist. Dies gilt nicht nur für die Hochburg der „*international relations*“ in den USA, sondern auch für die Bundesrepublik.¹³ Sofern man angesichts der vergleichsweise kleinen Gruppe von Akademikern, die sich mit deutscher Außenpolitik beschäftigt, noch sinnvollerweise von einem „akademischen Diskurs zur Außenpolitik“ sprechen kann, lassen sich in groben Zügen drei Denkschulen identifizieren: die Traditionalisten, die Internationalisten und die Szientisten. Da die gängigen Porträtierungen dieser drei Denkschulen unter den Fachkolleginnen und Fachkollegen bekannt sein dürften und da es mir hier vor allem auf die *Gemeinsamkeiten* dieser drei Denkschulen ankommt, möchte ich an dieser Stelle nicht weiter auf die Unterschiede eingehen.¹⁴ Was diese drei Denkschulen eint, ist, dass für sie „Beschreibung“ im Hinblick auf das Gütesiegel der „Wissenschaftlichkeit“ bestenfalls von zweitrangiger Bedeutung ist. Die Feststellung des amerikanischen Politikwissenschaftlers Stephen van Evera in einer neueren „Einführung in die Methoden der Politikwissenschaft“, dass „rein beschreibende“ Arbeiten „bei anderen Politikwissenschaftlern überhaupt nicht gut ankommen“ (Evera 1997:95),¹⁵ würden die meisten nicht nur für zutreffend einschätzen, sondern auch für berechtigt halten. Hinter dieser Formulierung verbirgt sich die Auffassung, dass Beschreibungen für sich genommen vergleichsweise unproblematisch seien und als „fact finding missions“ im Wesentlichen eine Vorstufe höherer wissenschaftlicher Aufgaben darstellten.¹⁶ Der vermeintlich anspruchsvollere Weg führt bei den *Szientisten* über die Beschreibungen zur Bildung von Theorien im Sinne von Allsätzen, die insofern als *vorläufige Wahrheitsaspiranten* betrachtet werden müssen, als sie nicht nur für noch nicht widerlegt, sondern auch für widerlegungsbedürftig erklärt werden. Bei den *Traditionalisten* und *Internationalisten* führt der über „bloße Beschreibung“ hinausführende Weg dazu, dass vermeintlich objektiv-beschreibbare Zustände¹⁷ gelobt oder kritisiert werden – wobei der Maßstab für Lob oder Kritik im ersten Fall (vermeintliche) eherne Gesetze der internationalen Politik und im zweiten Fall den Nationalstaat (vermeintlich) transzendierende Emanzipationsansprüche von gesellschaftlichen Gruppen oder Individuen sind.

Wie problematisch allerdings dieses Verständnis von Beschreibung ist, zeigt sich bereits an einem einfachen Beispiel. Wenn man auf der einen Seite die Begriffe „Deutschland“, „Bundesrepublik“ und „BRD“ nimmt und sie mit den Begriffen „Weltmacht“, „Zivilmacht“ oder „Militärmacht“ verknüpfen wollte, dann würde ein einigermaßen repräsentatives Set ungefähr so lauten: (1) „Deutschland ist (k)eine Weltmacht“; (2) „Die Bundesrepublik ist (k)eine

12 In anderen Kontexten habe ich erste Versuche unternommen, zu zeigen, wie dies vonstatten gehen könnte; vgl. Hellmann 1996 (eine erweiterte Fassung dieses Aufsatzes in deutscher Sprache unter dem Titel „Machtbalance und Vormachtdenken sind überholt“ (Hellmann 1999c)); vgl. ferner Hellmann 1997 sowie 1999a.

13 In den USA hat sich diese Art von „Außenpolitikanalyse“ in den 1960er und 1970er Jahren unter den Etiketten „Comparative Foreign Policy“ (CFP), „Foreign Policy Analysis“ (FPA) oder noch umfassender als „the scientific study of foreign policy“ etabliert (vgl. hierzu die Überblicke bei Neack/Hey/Haney 1995, darin insbesondere den einleitenden Aufsatz der Herausgeber: *Generational Change in Foreign Policy Analysis*, S. 1-15 sowie Deborah J. Gerner: *The Evolution of the Study of Foreign Policy*, S. 17-32; vgl. weiter Hudson 1995. In der Bundesrepublik hat dieser Typus von Außenpolitikforschung eigentlich nie Fuß gefasst. Zwar hat es neben der allgegenwärtigen Beschäftigung mit Außenpolitik auch hier theorieorientierte Beiträge gegeben (vgl. etwa Haftendorn/Karl/Krause/Wilker 1978 sowie Czempiel 1981, vor allem S. 101-118). Allerdings kann angesichts der fehlenden universitären Institutionalisierung schwerlich davon gesprochen werden, dass sich „Außenpolitikforschung“ als eine gegenüber der Teildisziplin Internationale Beziehungen noch weiter ausdifferenzierte Subdisziplin mit theoretischem Anspruch etabliert hat (vgl. hierzu die Bezugnahme auf deutsche Arbeiten bei Czempiel 1986:250-263, Rittberger/Hummel 1990:19-23, 30-32 sowie Haftendorn 1990 und Müller/Risse-Kappen 1990).

14 Ein Überblick über gängige Kategorien zur Unterscheidung von „Denkschulen“ findet sich bei Rittberger/Hummel 1990, Meyers 1991:220-316. Die von mir gewählte Kategorisierung unterscheidet sich von diesen insofern, als ich bestimmte typische Denkweisen unter außenpolitischen Gesichtspunkten und weniger unter „systemischen“, „strukturellen“ oder „interaktionistischen“ Blickwinkeln der Internationalen Beziehungen (IB) beschreiben will.

15 Zur nachgeordneten Bedeutung von „Beschreibungen“ als einem gleichsam unproblematischen input im Prozess kausalanalytischer Theoriebildung vgl. ähnlich King/Keohane/Verba 1994:15, 18.

16 „Fact finding“ und „description“ werden etwa bei King/Keohane/Verba (1994:15) als manchmal unumgänglicher Schritt im Prozess einer wissenschaftlichen Untersuchung beschrieben, „before we can take on the challenge of explanation“. In diesem Sinne wird auch eine neuere Dissertation zu den deutsch-russischen Beziehungen seit 1990, die unter der Ägide von Robert Keohane entstanden ist, von der Autorin (Wallander 1999:11) mit folgenden Worten eingeleitet: „It is not difficult to describe German-Russian relations. More difficult – and far more interesting – is to explain why those relations take the form they do“.

17 Vgl. hierzu etwa die folgende Feststellung von Hans-Peter Schwarz (1994:76): „Der Analytiker (...) muß objektive Sachverhalte unverhüllt beschreiben.“

Zivilmacht“; (3) „Die BRD ist (k)eine Militärmacht“.¹⁸ Allein diese drei Sätze in je zwei Variationen nebeneinander zu stellen reicht schon aus, um zu verdeutlichen, dass *Bezeichnungen* und *Beschreibungen* keine unproblematischen inputs für die vermeintlich „eigentlichen“ wissenschaftlichen Zwecke darstellen. Vielmehr ist es angemessener, sie mit Wittgenstein als „Instrumente für besondere Verwendungen“¹⁹ zu betrachten, d.h. ihren *instrumentellen Charakter qua Beschreibung* in einem umfassenderen „Sprachspiel“ in Rechnung zu stellen. Im genannten Beispiel könnte der instrumentelle Charakter der Beschreibung der „Bundesrepublik“ als einer „Zivilmacht“ etwa darin bestehen, bestimmte Begebenheiten in diesem Land zu loben, oder umgekehrt, durch die Beschreibung der „BRD“ als „Militärmacht“ bestimmte Begebenheiten zu kritisieren.²⁰

Zusammenfassend und zuspitzend könnte man daher sagen, dass die gemeinsame Zielsetzung von Internationalisten, Szientisten und Traditionalisten darin besteht, Wissenschaftlichkeit durch ein je eigenes, in jedem Fall aber absolut gesetztes Wahrheitsverständnis zu definieren. Dieser Zielsetzung liegt ihrerseits wohl die Annahme zugrunde, dass es (a) ein reales *Abgrenzungsproblem zwischen Wissenschaft und Nicht-Wissenschaft* gebe und dass sich (b) dieses Abgrenzungsproblem nur über eine absolut gesetzte Wahrheit klären lasse. Dass wir uns *als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler* nur ungern unter einer „wissenschaftlichen Tätigkeit“ all das zu verstehen sei, „was nach Inhalt und Form als ernsthafter planmäßiger Versuch zur Ermittlung der Wahrheit anzusehen ist“,²¹ ist in wissenschaftssoziologischer Hinsicht zwar verständlich, aber schon allein deshalb nicht überzeugend, weil Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, wie John Dewey schreibt, auch nur eine „Klasse mit Privatinteressen und Privatwissen“ repräsentieren.²²

Wenn wir stattdessen die – in deklaratorischer Art zumindest von den Szientisten eingeräumte – *Theoriebeladenheit aller Beobachtung* tatsächlich ernst nehmen würden, dann müssten wir konsequenterweise auch einräumen, dass der Theoriebeladenheit aller Beobachtung die *Sprachabhängigkeit aller Theoriebeladenheit* vorausgeht und insofern (kausalanalytische) Theoriebildung wie auch Beschreibung vor allem anderen *sprachabhängig* sind. Und wenn wir dann noch einräumen würden, dass sich unsere Umwelt nicht „aus eigener Initiative in satzförmige Teile aufsplittet, die man ‚Fakten‘ nennt“, sondern unsere Beschreibungen der Welt in „alternativen Vokabularen“ auf „menschlichen Sprachen“ basieren, die ihrerseits „menschliche Erfindungen“ sind, dann würden wir schlussfolgern müssen, dass „wahre Aussagen“ nichts anderes sind als *menschliche Erfindungen, die sich in der Praxis als erfolgreich erwiesen haben*.²³

Mit diesem kurzen Ausflug in neuere sprachphilosophische Debatten schließt sich fürs Erste der Kreis. Mit der Erfindung neuer Vokabulare – so eine zentrale Überlegung des Pragmatismus,²⁴ wie ihn etwa Richard Rorty vertritt – begegnen Individuen oder kollektive Akteure dem, was sie als neue Herausforderungen (oder „problematische Situationen“) in ihrer Umwelt wahrnehmen. Übertragen auf unseren Gegenstand bedeutet dies, dass sowohl die Theoretiker als auch die Praktiker der Außenpolitik *neue* Beschreibungen für *neue* Probleme erfinden – dass etwa der Praktiker Gerhard Schröder meint, die „selbstbewusste erwachsene Nation“ neu erfinden (oder von Zitelmanns „demokratischer Rechten“ übernehmen) zu müssen und dass beispielsweise ich als Theoretiker meine, ihn dafür zusammen mit anderen Zeitgenossen, mit denen Schröder selbst wohl eher ungern gemeinsam auftritt, zu einer Gruppe von „selbstbewussten“

18 Im akademischen Diskurs zur Außen- und Sicherheitspolitik finden sich diese Sätze zwar nicht in Reinform, aber wenn man gewisse Qualifizierungen hinzudenkt, findet man diese als Kernbeschreibungen etwa in den Arbeiten von Hacke (u.a. 1997), Maull (1992) und Mutz (1994). In einer neueren Auflage wurde der Titel (in Hacke 1997) zwar umgekehrt und mit einem Fragezeichen versehen, inhaltlich macht Hacke allerdings keine signifikanten Abstriche im Vergleich zu seiner früheren Argumentation.

19 „Was wir ‚Beschreibungen‘ nennen, sind Instrumente für besondere Verwendungen. Denke dabei an eine Maschinenzzeichnung, einen Schnitt, einen Aufriß mit den Maßen, den der Mechaniker vor sich hat. Wenn man an eine Beschreibung als ein Wortbild der Tatsachen denkt, so hat das etwas Irreführendes: Man denkt etwa nur an Bilder, wie sie an unsern Wänden hängen; die schlechtweg abzubilden scheinen, wie ein Ding aussieht, wie es beschaffen ist. (Diese Bilder sind gleichsam müßig.)“ Wittgenstein 1997(1953), Nr. 291.

20 Sowohl Mutz als auch Maull würden wohl zurecht darauf verweisen, dass sich ihre Arbeiten in Lob oder Kritik nicht erschöpfen. Die Wertschätzung, die sie von ihren jeweiligen Leserschaften erfahren, wird ihnen aber de facto vor allem vor dem Hintergrund dieses Filters zuteil.

21 Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Wissenschaftsfreiheit von 1973, zit. nach Alemann 1995:76.

22 *The Moral Writings of John Dewey*, hrsg. von James Gouinlock, New York: Hafner/Macmillan 1976:245, hier zit. nach Hilary Putnam: *Für eine Erneuerung der Philosophie*. Stuttgart 1997:238.

23 Die zitierten Stellen entstammen Rorty 1989:5, 21.

24 Die Philosophie des Pragmatismus, die in ihrer klassischen Variante vor allem mit den Namen von Charles Sanders Peirce, William James, John Dewey und George Herbert Mead verknüpft ist, hat in den letzten Jahren eine Renaissance erfahren. Gute und knappe Überblickartikel neueren Datums zum Pragmatismus und seinen Varianten liefern (mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und Urteilen) Menand 1997:xi-xxxiv; Rescher 1995:710-713 und Bernstein 1995:54-67. Neuere Arbeiten herausragender zeitgenössischer Philosophen in der Tradition des Pragmatismus liefern u.a. Rorty 1998a und Putnam 1995 (vgl. hierzu auch Habermas 1996:715-741). Zu den weitreichenden handlungstheoretischen Implikationen dieser Position vgl. vor allem Joas 1992a sowie 1992b, die Implikationen einer pragmatistischen Position für die Geschichtswissenschaft hat in beeindruckender Weise Hawthorn (1991) aufgezeigt.

Außenpolitikern zusammenfassen und von einer anderen Gruppe von „befangenen“ Außenpolitikern absetzen zu sollen.

Diese skizzenhaften Anmerkungen sollten verdeutlichen, dass das, was man zumeist als „außenpolitischen Diskurs“ bezeichnet, komplizierter und wohl auch vielfältiger ist als das, was der Singular andeutet. Außenpolitische Diskursanalyse bzw. die Proliferation von Beschreibungen außenpolitischer Diskurse, wie ich sie propagieren will, würde sich jedenfalls nicht so sehr an einem Foucaultschen Diskursverständnis orientieren, denn in diesem Verständnis würden Akteure, die nicht nur alte Gedanken wiederholen, sondern auch neue erfinden und aussprechen können, erst gar nicht auftauchen.²⁵ Poststrukturalistisch inspirierte Diskursanalysen über Konzepte wie Staatlichkeit und Souveränität, wie sie derzeit innerhalb des postmodernen Stranges der Internationalen Beziehungen populär sind,²⁶ leiden meines Erachtens darunter, dass sie für das, was der Berliner Soziologe Hans Joas im Blick auf die Tradition des amerikanischen Pragmatismus die „genuine Kreativität menschlichen Handelns“ nennt,²⁷ theoriebedingt kein begriffliches Sensorium entwickelt haben. Eine „Berliner Republik“ würde in dieser Perspektive bestenfalls als Platzhalter *grundlegenderer* diskursiver Konzepte wie *nationalstaatlicher Souveränität* fungieren – Platzhalter einer nicht-autorisierten tieferliegenden Diskursivität, die ihrerseits zwar gänzlich produktiv ist, deren eigene Produktionsbedingungen historisch betrachtet aber jenseits unseres Erfahrungshorizontes und daher auch weitgehend jenseits der Veränderbarkeit durch menschliches Handeln liegen.

Im alternativen pragmatistischen Diskursverständnis, das ich hier propagieren will, kommen demgegenüber nicht nur „Texte“ in *unterschiedlichen* Abstraktionsgraden vor, sondern auch sprechende Individuen als Träger komplexer „Überzeugungs- und Wunschnetze“.²⁸ Wenn diese Individuen eine Metapher wie „Berliner Republik“ erfinden und mit dieser Metaphorik zugleich auch eine Unterscheidung zwischen zweierlei Arten von Republik einführen, die ihren Weg in die Feuilletons, Talkshows und Evangelischen Akademien dieser Republik findet, dann ist dies insofern bedeutungsvoll, als damit neue Wahrnehmungs- oder Erwartungshorizonte und in der Folge auch neue Handlungsweisen geschaffen werden. Metaphern wie „Berliner Republik“ oder Typenunterscheidungen wie jene zwischen den Selbstbewussten und den Befangenen unter den Außenpolitikern der gegenwärtigen Bundesrepublik sind in diesem Verständnis nicht als begriffliche Container vorzustellen, die mit bestimmten Bedeutungsgehalten bis an den Rand gefüllt werden und dann als fixe Größen im sprachlichen Verkehr zirkulieren. Vielmehr sollten sie – wie alle anderen Objekte der menschlichen Umwelt auch – als „Zentren deskriptiver Gravitation“ begriffen werden: „Like heroines whose stories are told by novelists, and selves whose self-consciousness about their own past character results in the acquisition of a quite different future, *objects change as our descriptions of them change*. That is to say, *their center of descriptive gravity shifts as inquiry proceeds*.“ (Rorty 1998:105).²⁹

Übersetzt auf den hier im Mittelpunkt stehenden Diskurs zur neuen deutschen Außenpolitik bedeutet dies, dass die Metapher der „Berliner Republik“ auf dem Weg ihrer Verbuchstäblichung zum Gravitationszentrum konkurrierender Beschreibungen wird. So wie die „Weimarer Republik“ längst „aus dem Grab der toten Metaphern in verbuchstäblicher Bedeutung auferstanden“ ist – wie man in Anlehnung an Donald Davidson formulieren könnte (Davidson 1993:172)³⁰ –, so wird die „Berliner Republik“ mit der Zeit klarere, „buchstäbliche“ Formen annehmen. In zehn Jahren werden wir daher deutlicher sehen, ob sich mit der Berliner Republik eher der „Stolz einer erwachsenen, selbstbewussten Nation“ verbindet, die (wieder) ein „natürliches Machtbewusstsein“ an den Tag legt – wie dies beispielsweise Egon Bahr (1999:45) oder Gerhard Schröder erhoffen – oder ob „die Erinnerung an Auschwitz, das ‚Nie-mehr-Auschwitz‘“ das zentrale „Fundament“ auch dieser Bundesrepublik bildet, wie Joschka Fischer dieser „Normalitäts-Vision“ entgegenhält.³¹

25 Für Foucault ist ein Diskurs eine über eine bestimmte Kohärenz verfügende Aussagemenge, die Regeln für die Konstitution ganz bestimmter Erfahrungsgegenstände in sich tragen. Diskurse ergeben sich diesem Verständnis zufolge insofern nicht aus den sinnstiftenden Äußerungen von Subjekten, sondern umgekehrt wird das Subjekt durch diskursive Kontexte geprägt. Diskursanalyse im Foucaultschen Sinne zielt daher auch nicht auf Wirklichkeitskonstruktionen durch sprachliche Äußerungen, sondern darauf, die erkenntniskonstitutive Struktur kultur- und epochenspezifischer Episteme freizulegen, kurz „jene dunklen Formen und Kräfte aufzustöbern, mit denen man gewöhnlich die Diskurse der Menschen miteinander verbindet“ (Foucault 1995 (7):34). Zu unterschiedlichen Bedeutungen, die mit dem Begriff der Diskursanalyse in den Sozialwissenschaften im Allgemeinen verknüpft werden, vgl. des Weiteren Keller 1997:309-333, sowie – im Blick auf bestimmte Anwendungen innerhalb der Politikwissenschaft – Fischer/Forester 1993.

26 Zu den interessantesten, wenn auch poststrukturalistisch eng geführten Vorbildern derartiger Diskursanalysen zählen sicherlich die Arbeiten von Ole Waever; vgl. u.a. Waever 1997 sowie zur Bedeutung von diskursanalytischen Arbeiten im Bereich der Außenpolitikanalyse im Allgemeinen ders.: 1994.

27 Vgl. Joas 1992a., vor allem S. 187-306.

28 Vgl. hierzu Rorty 1993:62.

29 Hervorhebung G.H.

30 Zum Verständnis von Metaphern vgl. ferner Davidson 1990 sowie mit ähnlichen Schlussfolgerungen, wenn auch auf anderen philosophischen Traditionen aufbauend, Blumenberg 1998 (1960).

31 Die Aussage Joschka Fischers, dass „das einzige Fundament der neuen Berliner Republik“ in diesem Imperativ bestehe, findet sich bei Lévy (1999:46). Fischer formulierte diesen Imperativ im Zusammenhang seiner Feststellung, dass alle Demokratien eine normative

Entscheidende Schritte auf dem Weg dorthin werden allerdings heute getan – und sie führen unter anderem durch die Feuilletons, Talkshows und Evangelischen Akademien der Republik, jenen Foren, in denen für ein – über die winzigen Leserkreise wissenschaftlicher Fachzeitschriften weit hinausreichendes – breiteres Publikum das betrieben wird, was man als *handlungsleitendes außenpolitisches Erwartungsmanagement* beschreiben könnte. Für diese Foren aber haben wir als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die wir das Fach Internationale Beziehungen vertreten, bislang kein Sensorium entwickelt. Obwohl Begrifflichkeiten wie „Handelsstaat“ oder „Zivilmacht“, „Einbindung“ oder „Berliner Republik“ als Wortschöpfungen in der (staatlichen) Akademie entstanden sind, vernachlässigen wir bislang aufgrund unserer antrainierten Fixiertheit auf vermeintlich eindeutige Definitionen für die Zwecke positivistischer Theoriebildung, wie mit Hilfe dieser Begriffe Politik (hier: Außenpolitik) gemacht wird. Wenn wir demgegenüber das, was in der neueren sprachphilosophischen Diskussion als „metaphorische Wende“ umschrieben wird, ernst nehmen würden, dann würden wir uns nicht mehr einseitig auf die Behauptung versteifen, dass Außenpolitikanalyse als Wissenschaft in erster Linie darin besteht, „Warum“-Fragen zu beantworten – sprich, Theoriebildung als kausalanalytisches Verallgemeinerungsprojekt zu betreiben. Stattdessen würde für uns wichtiger, all jene gerade im Entstehen begriffenen, und deshalb häufig metaphorisch umschriebenen *politischen Projekte* zu beschreiben, in denen sich „vorgestellte politische Gemeinschaften“ (vgl. Anderson 1991) neu erfinden. Wir würden also, um in Anlehnung an Wittgenstein zu sprechen, erst einmal anerkennen, dass wir insofern mit einem „Problem“ konfrontiert sind, als wir uns „nicht auskennen“³² und wir würden daher zweitens nicht versuchen, die Lösung des Problems dadurch anzustreben, dass wir sogleich eine „warum“-Frage stellen (und damit die Problematik der Beantwortung einer „was“-Frage ignorieren). Vielmehr würden wir einräumen, dass wir uns erst einmal darüber klar werden müssen, wo wir einen ersten Ansatzpunkt gewinnen könnten, um uns auskennen zu lernen, d.h. uns darüber klar werden, wie mögliche Antworten auf eine „was“-Frage – eine Frage der Beschreibung, *womit* ich eigentlich konfrontiert bin – überhaupt aussehen könnten. Weil wir aber allzu häufig einen Gegenstand mit einem *bestimmten* Blick betrachten, verstehen wir nicht „was schon offen vor unsern Augen liegt“.³³ Vor diesem Hintergrund ist dann auch Wittgensteins sehr radikal klingende Forderung zu verstehen, dass wir „(...) keinerlei Theorie aufstellen (dürfen). Es darf nichts Hypothetisches in unsern Betrachtungen sein. Alle *Erklärung* muss fort, und nur Beschreibung an ihre Stelle treten.“ (Wittgenstein 1997 Nr. 109).³⁴

Die Berliner Republik könnte man als ein solches politisches Projekt begreifen. Dieses Projekt zu einem Gegenstand politikwissenschaftlicher Analyse zu erklären, würde allerdings nicht bedeuten, in vordergründige Begriffsstreitereien zurückzufallen, die uns auf dem Feld der Außenpolitikanalyse seit langem bekannt sind. Ein Streit über die Frage, ob die Berliner Republik ein passender Begriff sei oder nicht,³⁵ würde sich nämlich letzten Endes als so (wenig) ertragreich erweisen wie die vergleichsweise unergiebigen Debatten darüber, ob die Bundesrepublik „Großmacht *oder* Handelsstaat“, eine „Zivilmacht“ *oder* eine „Militärmacht“, ein Staat mit „verflochtenen“ *oder* „nationalen“ Interessen sei.³⁶ Die Tatsache, dass alle diese Begrifflichkeiten in unterschiedlichen Zusammenhängen im außenpolitischen Diskurs auftauchen, deutet darauf hin, dass sie bestimmte Funktionen in außenpolitischen Sprachspielen erfüllen. Es geht daher nicht darum, einen (vermeintlich) „richtigen“ Begriff zur Charakterisierung deutscher Außenpolitik zu „finden“ (oder zu „erfinden“), sondern vielmehr darum, das diskursive Bedeutungsumfeld zu vermessen und abzustecken, in dem unterschiedliche Begriffe gebraucht werden. Gerade weil wir „den Gebrauch unserer Wörter nicht *übersehen*“, bedarf es einer „übersichtlichen Darstellung“, die „das Verständnis“ vermitteln soll, „welches eben darin besteht, dass wir die ‚Zusammenhänge sehen‘. Daher die Wichtigkeit des Findens und Erfindens von Zwischengliedern“, die Übersichtlichkeit herstellen.³⁷

Eine Unterscheidung zwischen zwei Typen von neuen deutschen Außenpolitikern einzuführen und diese im breiteren Umfeld gängiger außenpolitischer Sprachspiele zu verorten, wäre allerdings nur ein Schritt zur Vermessung des diskursiven (und damit auch politischen) Umfeldes – ein Schritt auch, der zugegebenermaßen mit einer recht

„Basis, einen Boden“ bräuchten. So wie dieser Boden für Frankreich das Jahr 1789, für die USA die Unabhängigkeitserklärung und für Spanien der spanische Bürgerkrieg sei, so sei dies für Deutschland Auschwitz.

32 „Ein philosophisches Problem hat die Form: ‚Ich kenne mich nicht aus‘“, Wittgenstein 1997(1953) Nr. 123.

33 Wittgenstein, Philosophische Untersuchungen, Nr. 89.

34 Ibid., Nr. 109. Zum Themenkomplex Beschreiben-Erklären-Wissen bei Wittgenstein vgl. auch Schulte, 1989:133-137 sowie Genova 1995.

35 Vgl. etwa Hartmut Jäckel, „Berliner Republik“ – ein falsches Etikett. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.1.1999:12. Neben zahlreichen anderen Politikern hat auch der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog davor gewarnt, dass wir das „Herumschwadronieren“ mit dem Begriff der Berliner Republik sein lassen sollten, weil der Umzug von Bonn nach Berlin zwar „einen Ortswechsel, aber keinen Richtungswechsel“ darstelle. Westbindung, europäische Einigung und transatlantische Partnerschaft, so Herzog, würden für Berlin genauso handlungsleitend bleiben, wie sie es für Bonn waren; vgl. „Ein Ortswechsel – kein Richtungswechsel“ (Herzog 1999:57-58).

36 Vgl. u.a. Staack 1998; zum Gebrauch der Begriffe „Zivilmacht“ bzw. „Militärmacht“ vgl. des Weiteren die bereits zitierten Arbeiten von Maull (1992) und Mutz (1994); zur Begrifflichkeit der „verflochtenen“ bzw. „nationalen“ Interessen (oder „des nationalen Interesses“) vgl. Senghaas (1995), Wolf (1995) sowie Schwarz 1994:79-95 und Hacke 1996:3-13.

37 Wittgenstein 1997(1953) Nr. 122 (Hervorhebung im Original). Zur Zentralität des „Begriffs der übersichtlichen Darstellung“ vgl. auch Schulte 1989:108-112.

grobschlächtigen Typenunterscheidung einhergeht. Mit diesem Schritt sollte allerdings *nicht* indirekt die *Vorhersage* (oder gar die *Prophezeiung*) als Zweck einer gleichsam „entszientifizierten“ Wissenschaft wieder zu neuen Ehren gelangen – so als ob die Zukunft in einer „entweder-oder“-Wahl zwischen *genau zwei* „Alternativen“ bestünde, die man dem (imaginären) Arsenal eines Erwartungsmanagers mit privilegiertem Zugang zur Wahrheit entnehmen kann. Dieser Versuchung zu erliegen ist zwar deshalb groß, weil die weitgehend auf Erfahrungen mit der *Vergangenheit* basierende „Natur des Glaubens an die Gleichförmigkeit des Geschehens“ (Wittgenstein)³⁸ unsere Erwartungen an die Zukunft wesentlich prägt und wir damit eine allzumenschliche Neigung nicht verleugnen können, uns als Wiederholungstäter zu betätigen.

Diese Gefahr müssen wir allerdings auch nicht überbewerten, da sich wohl recht einfach der empirische Nachweis führen ließe, dass die Zahl der sich selbst erfüllenden Prophezeiungen deutlich niedriger zu veranschlagen ist als die Zahl der fehlgegangenen Vorhersagen. Es geht also nicht darum, zum Beispiel mit prophetischem Unterton „den näher rük-kenden Tag“ zu beschwören, „an dem auch in der deutschen Öffentlichkeit die wahre und gar nicht sehr angenehme Lage erkannt wird,“ dass Deutschland nicht nur „eine führende europäische Macht“ ist, sondern im Vergleich zu den beiden wichtigsten westeuropäischen Nachbarn Frankreich und Großbritannien auch „stärker“ ist, weil es „geographisch günstiger, nämlich zentral“ gelegen ist, wie Hans-Peter Schwarz vor fünf Jahren meinte (Schwarz 1994:75). Vielmehr geht es darum *unterschiedliche Szenarien* und damit in gewisser Weise einen *Horizont* zukünftiger *Möglichkeiten* zu skizzieren – dies eingedenk der Tatsache, dass wir *im Blick auf die Zukunft leben müssen*, aber nur *im Blick auf die Vergangenheit verstehen können*, wie der amerikanische Pragmatist William James Anfang dieses Jahrhunderts unter Bezug auf Kierkegaard formulierte. Selbst wenn es einen in zukünftiger Ferne liegenden Fluchtpunkt der Wahrheit gäbe, auf den wir uns zubewegen können und sollten, sind wir „in der Zwischenzeit gehalten, heute mit der Wahrheit zu leben, die wir heute bekommen können“ – und dies in dem Bewusstsein, dass wir morgen darauf vorbereitet sein müssen, sie „als Unwahrheit („falsehood“) zu bezeichnen“ (James 1995:86).³⁹

Eine den *Möglichkeitshorizont* menschlichen Handelns betonende, pragmatistisch angeleitete „übersichtliche Darstellung“ außenpolitischer Diskurse würde daher für sich erst gar nicht in Anspruch nehmen, derartige Beschreibungen von einem (imaginären) beobachterunabhängigen Standpunkt aus zu formulieren, wie dies beispielsweise alle oben skizzierten Denkschulen der akademischen Außenpolitikanalyse unterstellen. Vielmehr sind wir *als Beobachter* immer schon voll in das politische Geschäft involviert, das wir beobachten. „Objektive“ Beschreibung kann schon alleine deshalb nicht das Ziel sein, weil es ein (allgemein gültiges) Wahrheitskriterium für eine Grenzziehung zwischen „objektiv“ und „subjektiv“ nicht geben kann – oder anders formuliert: weil es keine „objektiven“ *Tatsachen* gibt, von denen wir behaupten könnten, dass die üblichen Worte und Sätze, die wir zu ihrer Beschreibung wählen, alle dieselbe Bedeutung haben.⁴⁰ Als *akademische* Beobachter von und Teilnehmer an außenpolitischen Diskursen können wir daher nicht mehr tun, als uns – unter Minimierung polemischer Seitenhiebe – sowohl als Hermeneutiker unserer Freunde wie auch unserer Gegner zu verhalten.⁴¹ Weniger als dies *sollten* wir allerdings auch nicht tun.

4. „Wissenschaftliche Informationsdienstleistung“: Deutsche Außenpolitik, praktisch betrachtet

Reicht das aber aus oder sind wir nicht doch noch etwas konkreter gefordert, wenn uns die Praktiker fragen, was sie „tun“ *sollen*? Wenn sie uns denn fragen *würden* – was sie realiter vergleichsweise selten tun – könnten wir vor allem dann nicht mit besonders originellen Einsichten aufwarten, wenn es sich um außenpolitische Problemstellungen des Alltagsgeschäfts handelt. Nur wenn wir die Akademie weit hinter uns lassen und uns nicht nur auf (vermeintlich) „problemadäquate“ Lösungen kaprizieren, sondern eben auch auf die „politische“ Rolle der Politikberatung einlassen würden, würden wir für unmittelbarere „Verwertungsinteressen“ der Praktiker interessant werden, denn aus ihrer Sicht ist Politikberatung, wie der ehemalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Hans-Friedrich von Ploetz, formuliert, in erster Linie „wissenschaftliche Informationsdienstleistung“: Sie „muss fundiert, aktuell, praxisnah und politisch durchsetzbar sein“ (Ploetz 1988:70). Woran von Ploetz wahrscheinlich denkt, wenn er diese Adjektive gebraucht, kann

38 „Die Natur des Glaubens an die Gleichförmigkeit des Geschehens wird vielleicht am klarsten im Falle, in dem wir Furcht vor dem Erwarteten empfinden. Nichts könnte mich dazu bewegen, meine Hand in die Flamme zu stecken, – obwohl ich mich doch nur in der Vergangenheit verbrannt habe“, Wittgenstein 1997(1953) Nr. 472 (Hervorhebung im Original).

39 Zur Betonung des Möglichkeitshorizontes menschlichen Handelns in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft im Pragmatismus vgl. neben Joas 1992a vor allem Hawthorn 1991.

40 Vgl. hierzu die grundlegenden Arbeiten von Quine 1980a und 1980b. Einen guten, knappen Überblick über das Werk Quines gibt u.a. Hookway 1995.

41 Vgl. hierzu Rorty 1979:365: „(A)ll we can do is be hermeneutic about the opposition – trying to show how the odd or paradoxical or offensive things they say hang together with the rest of what they want to say, and how what they say looks when put in our own alternative idiom.“ Rorty nennt dies – für „hermeneutisch“ geschulte Ohren etwas überraschend – „hermeneutics with polemical intent“. Dass dabei unsere Gegner zumeist schlechter wegkommen als unsere Freunde, ist wohl unvermeidlich. Dass einer „polemischen Absicht“ aber auch in unterschiedlicher Weise freier Lauf gelassen werden kann, erscheint jedoch auch klar.

man sich vorstellen, wenn man auch nur in groben Umrissen die Funktionsweise der außenpolitischen Bürokratie kennt. Diesen Bedürfnissen werden vielleicht die *praxisnahen Politikberater* der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ gerecht werden können, nicht aber die *Theoretiker* der Außenpolitik, die sich im universitären Umfeld bewegen. Selbst wenn die ganz praktischen Probleme geklärt wären – z.B. geografische Nähe und unmittelbarer Zugang zu den Entscheidungszentren – würde der (potenzielle) Mehrwert eines Theoretiker-Inputs wohl bestenfalls im Hinblick auf mittel- und längerfristige Probleme und Ziele spürbar.

Kommen wir auf das Beispiel der neueren deutschen Europapolitik zurück. In diesem Feld – wie auch in zahlreichen anderen – ist dem nach außen ausgesprochen richtlinienkompetent auftretenden Kanzler Schröder vor allem vor dem Kosovokrieg vorgehalten worden, dass er in der Rolle eines James Dean der deutschen Politik über „halbstarkes“ Gehabe nicht hinausgekommen sei.⁴² Und in der Tat: Aussagen wie jene während des europapolitischen Parteitages der SPD Anfang Dezember 1998 in Saarbrücken – dass es „eine ganz einfache Erklärung“ für die mangelnde Haushaltsdisziplin „in Europa“ gebe: „und die heißt, mehr als die Hälfte der Beiträge, die in Europa verbraten werden, zahlen die Deutschen“⁴³ – oder zwei Tage später im Rahmen der ersten großen europapolitischen Debatte im Bundestag, als Schröder seinen Vorgänger mit dem Schimpfwort der „Scheckbuchdiplomatie“ als durchsetzungsschwachen europapolitischen Leisetreter darstellte, der sich „das Wohlwollen unserer Nachbarn mit Nettozahlungen gleichsam erkaufen“ wollte – solche Aussagen haben anfangs den Verdacht genährt, dass Schröder sich – ganz im Sinne des Mottos seiner ersten Regierungserklärung („Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen ...“) – zum Ziel gesetzt hatte, die ungleichen Beitragsleistungen der Mitgliedsländer zu Lasten Deutschlands „ganz selbstbewusst und interessengerecht (...) in Ordnung“ zu bringen.⁴⁴

All dies mag von den Schröder-Experten mit Verweis auf die Zurückhaltung, die Schröder beim Berliner EU-Gipfel schließlich doch an den Tag legte, als bloße mediale Begleitmusik halbstarker Kraftmeierei abgehakt werden.⁴⁵ Heikler wird es allerdings, wenn dieses überbordende Vertrauen in die eigene Kraft auch noch in einen größeren außenpolitischen Kontext gestellt wird – etwa an der Stelle seiner ersten Regierungserklärung, wo Schröder eine Korrelation zwischen deutscher Kraft und europäischem Vertrauen postuliert: „Auch unsere Nachbarn in Europa wissen, dass sie uns als Deutschen umso mehr trauen können, je mehr wir Deutschen selbst unserer eigenen Kraft vertrauen.“ Das Weltbild eines „ganz selbstbewusst und interessengerecht“ durch Europa schreitenden deutschen Kanzlers Schröder, das sich hinter dieser Formulierung verbirgt, ließe sich durch zahlreiche Zitate aus anderen Kontexten erhärten. Ich werde dies an dieser Stelle allerdings nicht tun, sondern einfach unterstellen, dass der Kanzler aus seinem deutsch-europäischen Herzen keine Mördergrube macht. Wenn dies so ist, dann scheint mir hier eine geradezu absurde Verkehrung der tatsächlichen Zusammenhänge vorgenommen worden zu sein, denn wenn ich nicht falsch liege, verhält es sich gerade umgekehrt als Schröder suggeriert: Je mehr die Deutschen auf das vertrauen, was Schröder ihre „eigene Kraft“ nennt, desto mehr Grund sehen ihre Nachbarn, ihnen zu misstrauen. Seine anhaltende Skepsis gegenüber einem vereinigten Deutschland begründet insofern auch George Kennan nicht so sehr damit, dass „der Mantel der deutschen Einheit (den Deutschen) zu keiner Zeit gut gepasst“ hat, sondern eher mit dem Zweifel des Historikers, „ob die übrige europäische Gemeinschaft sich jemals mühelos und vollständig mit dem Schauspiel würde abfinden können, dass Deutschland als die Großmacht (...) des europäischen Festlands auftritt.“ (Kennan 1999:610).⁴⁶

Inwieweit eine derartige Kritik, gemessen an den Kriterien guter Politikberatung, die von Ploetz aufgestellt hat („fundiert, aktuell, praxisnah und politisch durchsetzbar“) hilfreich ist, vermag ich nicht genau zu beurteilen, ich vermute aber, dass sie für vergleichsweise wenig nützlich angesehen werden wird. Trotzdem würde ich als Theoretiker einen Anspruch auf praktische Einmischung anmelden wollen, denn wenn zuträfe, was ich als eine „bloße“, aber durchaus „reelle Möglichkeit“ aufgrund meiner Untersuchungen zu Schröders außenpolitischen Denk- und Handlungsweisen unterstelle, und man diese Möglichkeit in einem größeren theoretischen und historischen Zusammenhang genauer betrachten würde, dann, so meine Vermutung, würde sich wohl zeigen lassen, dass sich hinter diesen *Möglichkeitspekulationen* nicht ein Glasperlenspiel des akademischen Elfenbeinturms verbirgt, sondern bedenkenswerte Gefahren nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa lauern.

42 So der Journalist der Süddeutschen Zeitung, Heribert Prantl, in der ARD-Sendung „Presseclub“, Anfang Februar 1999.

43 Rede des Bundeskanzlers auf der Bundesdelegiertenkonferenz der SPD zur Europawahl 1999 am 8. Dezember 1998 in Saarbrücken, zit. nach: http://www.spd.de/archiv/europa/Eur19981208_896.html; vgl. ferner Lohse 1998:1. Schröders Rede verdient auch deshalb besondere Beachtung, weil er sie ganz bewusst „ein bisschen persönlicher“ halten wollte, „als es vielleicht üblich ist“.

44 Erklärung der Bundesregierung. Vorschau auf den Europäischen Rat in Wien am 11./12. Dezember 1998 und Ausblick auf die deutsche Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 1999, abgegeben von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag am 10.12.1998. In: Bulletin, Nr. 80:967, (14.12.1998).

45 Dass die populistischen Anklänge allerdings auch nach dem Berliner Gipfeltreffen im März nicht verschwanden, zeigte sich während des Wahlkampfes für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni, wo unter anderem mit dem Bild des Kanzlers und folgendem Slogan für die SPD geworben wurde: „Wir erwarten von Europa keine Geschenke. Aber umgekehrt sollte es genauso sein.“

46 Vgl. ferner die Einschätzungen des Grünen-Abgeordneten im Europäischen Parlament, Ozan Ceyhan, zu den anti-deutschen Ressentiments unter seinen Kolleginnen und Kollegen: Ceyhan 1999:4.

5. „So wie die anderen das auch machen, steht uns das auch zu“: Normalisierende Nationalsozialisation oder europäischer Verfassungspatriotismus?

Worin bestehen diese Gefahren? Die Gefahren, die ich und einige Sympatisanten unter den Befangenen sehen, resultieren aus ungefähr vier Beobachtungen.

Die *erste* Beobachtung, die ich bereits angedeutet habe, besteht darin, dass die Prediger einer „normalen“ und selbstbewussten Berliner Republik auf dem Vormarsch sind. Zwar sind sich die geistigen Führer der Normalisierungsschule nicht ganz einig, wie ihr Glaubensbekenntnis im Detail aussehen soll, aber dass die Republik der Nach-Kohl-Ära ihrem Selbst in anderer Weise bewusst werden soll als die befangene Bonner Republik, das eint sie. Die Prämisse der Normalisierer besteht darin, dass die Deutschen zwar „noch kein normales Volk sind. Aber wir können es werden und sollten es wollen“, wie Egon Bahr dies ausdrückte (Bahr 1999:42). Und wie das Zitat in der Überschrift dieses Abschnitts andeutet, stimmt der Bundeskanzler mit Bahr voll und ganz überein.⁴⁷ „Normal“ bzw. „so wie die anderen“ werden wollen Bahr, Schröder und ihre Anhänger anscheinend umso mehr, je stärker sie sich nach wie vor mit dem diffusen Gefühl konfrontiert sehen, dass es kaum etwas „Besonderes“ gibt, worauf sie als Deutsche stolz sein können.⁴⁸ Umfragedaten legen beispielsweise nahe, dass in den Jahren seit der Vereinigung das Bewusstsein in Ost und West eher noch gewachsen ist, dass es in der Tat einiges an Besonderheiten in der deutschen Geschichte gibt, die uns von anderen Ländern unterscheiden. Dieses „Besondere“ macht sich allerdings nicht an Leistungen fest, die zu einem positiv belegten, identitätsstiftenden Nationalmythos taugen, sondern steht eher für das Gegenteil. Den Nationalsozialismus hielten etwa 1989 52 Prozent (1996: 44 Prozent) der Westdeutschen für „das Besondere“ in der deutschen Geschichte und unter den Ostdeutschen sahen darin 1990 immerhin vier Prozent und 1996 bereits 13 Prozent etwas besonderes; „viele Kriege“ nannten 1989 23 Prozent der Westdeutschen (1996: 29 Prozent), bzw. 1990 36 Prozent und 1996 33 Prozent der Ostdeutschen; die Berliner Mauer bzw. die Tatsache, dass Deutschland ein geteiltes Land war erwähnten 1989 elf Prozent (1996: 15 Prozent) der Westdeutschen bzw. im Jahr 1990 36 Prozent und 1996 37 Prozent der Ostdeutschen; kurzum, im Vergleich zu den positiven und potenziell identitätstiftenden Besonderheiten der deutschen Geschichte wie der „Wiedervereinigung“, die 1996 immerhin von 20 Prozent der Westdeutschen und 40 Prozent der Ostdeutschen genannt wurde, überwiegen die negativen Assoziationen bei weitem (vgl. Tabellen 1a und 1b).

Tabelle 1a

Frage: „Gibt es etwas in unserer Geschichte, was uns von anderen Ländern besonders unterscheidet, ich meine etwas, was man wirklich als das Besondere der deutschen Geschichte bezeichnen kann, gibt es so etwas?“ (Prozentwerte)

Ja, gibt es	Westdeutschland	Ostdeutschland
1989	59	–
1990	–	67
1992	59	60
1993	64	62
1995	61	62
1996	69	68

Die Normalisierer plädieren angesichts dieser unrühmlichen Besonderheiten dafür, dass die Berliner Republikaner „unbefangener und im guten Sinne deutscher“⁴⁹ in der Welt auftreten sollten. Ihre rhetorische Strategie schließt zwar die Kernvokabeln außenpolitischer Kontinuität ein,⁵⁰ setzt sich aber insofern deutlich von Bonner Zeiten ab, als die

47 Dieses Zitat Schröders findet sich ebenfalls in seiner Saarbrückener Rede vom 8. Dezember 1998.

48 Vgl. hierzu auch Bahrs leidenschaftliche Parteinahme zugunsten Martin Walsers (Bahr 1999:41-42).

49 Gerhard Schröder zitiert nach Bahnners 1998: 43; vgl. ferner Perger 1998:7; Total normal? in: Der Spiegel, Nr. 49 (30. November 1998), S. 40-48 sowie die Beobachtungen Lévy's, der in einer persönlichen Begegnung mit Schröder „eine unerwartete Heftigkeit“ registrierte, als er Schröder auf die Wehrmachtsausstellung und Daniel Goldhagens Buch ansprach; vgl. Lévy 17. Februar 1999:50.

50 Vgl. etwa die Aussage von Gerhard Schröder auf der 35. Münchener Tagung für Sicherheitspolitik Anfang Februar 1999 (also kurze Zeit vor Beginn des Kosovo-Krieges), als er das Leitbild des „normalen Verbündeten“ im Kontext des altehrwürdigen „Sonderwegs“-Topos beschwor: „Deutschland kann und will keinen Sonderweg gehen. Wir sind im Bündnis (...) erwachsen geworden. Wir wollen das auch bleiben. Deshalb sind wir heute ohne jedes Wenn und Aber bereit, als ‚normale‘ Alliierte Verantwortung zu übernehmen – ob in der EU oder in der NATO.“ Vgl. Schröder 22. Februar 1999:91. Vgl. ähnlich die außenpolitische Grundsatzrede Schröders zur Eröffnung des neuen Sitzes der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin Anfang September 1999, als er sagte, dass er die Werte der früher von Bonn aus betriebenen Außenpolitik „im Gepäck“ habe, dass diese aber ergänzt und verstärkt werden müssten „durch die Brückenfunktion, die Berlin immer für unsere mittel- und osteuropäischen Partner gespielt“ habe. „Von Berlin aus“ müsse deutsche Außenpolitik „noch klarer als bisher erkennbar sein als das, was ihr Wesen ausmacht: als Politik in Europa, für Europa und von Europa

alten Begriffe entweder denunziert bzw. umgedeutet oder mit dem Wörtchen „aber“ relativiert werden. Nicht mehr Verfassungspatriotismus ist angesagt, sondern die Selbstverständlichkeit einer Nation, „die sich niemandem über-, aber auch niemandem unterlegen fühlen muss, die sich der Geschichte und ihrer Verantwortung stellt, aber bei aller Bereitschaft, sich damit auseinander zu setzen, doch nach vorne blickt“, wie Gerhard Schröder die selbstbewusste erwachsene Nation umschrieb.⁵¹ Was die Normalisierer sehen, wenn sie nach vorne in die Berliner Republik blicken, ist die „zeitlich unbegrenzte deutsche Normalität“ (Bahr 1999:43). Aus ihrer Sicht war „Bonn“ in erster Linie für alle Betroffenen „bequem“. Gewiss, es mag erfolgreich gewesen sein, aber die Teilung, für die Bonn vor allem stand, war „anomal“ und ihre Beseitigung schafft die Voraussetzungen für einen breiter angelegten Prozess der „Gesundung“. „Nach Machtversessenheit und Machtvergessenheit“, so Egon Bahr in Anlehnung an Hans-Peter Schwarz, können die Deutschen jetzt das „natürliche Machtbewusstsein einer Nation entwickeln, die stolz und ohne Überheblichkeit ihre Interessen vertritt, ihre Grenzen kennt und ihre Möglichkeiten ausschöpft.“ Den Anhängern Bonns, die vor allem „Bündnisfähigkeit“ meinten, wenn sie „Verbündeter“ sagten, wirft Bahr Floskelhaftigkeit vor, weil sie schon „vasallenhaft zittern“, wenn die amerikanische Vormacht auch nur leise die Stimme erhebt. Dem gegenüber müssten wir endlich „die Nerven aufbringen, unvermeidliche Irritationen ob der ungewohnt mündig gewordenen Deutschen durchzustehen“.⁵² Kurzum, die neue Normalität des deutschen Verbündeten drückt sich nicht so sehr darin aus, dass er neben Schecks (wie zu Zeiten des Golfkrieges 1990/91) nun auch Soldaten schickt (wie im Kosovo-Konflikt). Vielmehr zeigt sich diese neue deutsche Normalität vor allem darin, dass die Deutschen, wie die „Verbündeten und Partner“ derselben Gewichtsklasse auch, im Zweifelsfall „Eigenständigkeit“ demonstrieren, d.h. dass sie *weder* das eine *noch* das andere tun, sondern selbstbewusst ihre „nationalen Interessen“ verfolgen⁵³ – und das sieht in vielerlei Hinsicht wie die alte Normalität einer Großmacht aus, allerdings unter den Bedingungen eines ausgehenden 20. Jahrhunderts, in dem die neue Lust am Regieren diesseits des Nationalstaates vielen anachronistisch vorkommt (vgl. Zürn 1998).⁵⁴

Tabelle 1b

Frage an Personen, die glauben, dass es etwas Besonderes in der deutschen Geschichte gibt: „Was ist das Besondere an unserer Geschichte, was unterscheidet unsere Geschichte von der Geschichte anderer Länder?“ (Zahlen in Prozent)

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1989	1996	1990	1996
1. Das Dritte Reich, der Nationalsozialismus, Hitler	52	44	4	13
darunter:				
(a) Ausdrücklicher Hinweis auf Verbrechen der Nazis (Vernichtung der Juden)	13	20	1	4
(b) Ausdrücklicher Hinweis auf Vertreibung, Untergang, Tod	2	1	1	1
2. Viele Kriege in der Geschichte Deutschlands, 2. Weltkrieg	23	29	36	33
darunter:				
(a) Die Deutschen haben Kriege begonnen	6	5	17	18
(b) Die Deutschen haben Kriege verloren	3	2	2	1
(c) Die Kriegsführung der deutschen Heerführer	X	1	1	2
3. Wiedervereinigung	X	20	X	40
4. Deutschland ist/war ein geteiltes Land, Berliner Mauer	11	15	36	37
5. Bes. Leistungen (Dichter, Denker, Forscher, Erfindungen usw.)	4	6	3	3
6. Charaktereigenschaften (Fleiß, Ordnungsliebe usw.)	5	4	13	5
7. Der Wiederaufbau nach dem Krieg	6	5	1	1
8. Namen berühmter Persönlichkeiten genannt	2	1	X	X
9. Hinweis auf deutsche Geschichte vor der	7	1	1	1

aus.“ Worin konkret sich die erhöhte „Klarheit“ allerdings äußern sollte, ließ Schröder an dieser Stelle offen; zit. nach Bannas 3.9.1999, S. 1f.

51 Schröder: Regierungserklärung 10.11.1998/11.11.1998:910.

52 Alle Zitate ebd., S. 42-43 und 45-46.

53 „Nationale deutsche Interessen richtig verstanden zu vertreten, das ist kein Gegensatz zu Europa, ganz im Gegenteil. So wie die anderen das auch machen, steht uns das auch zu.“ Rede des Bundeskanzlers auf der Bundesdelegiertenkonferenz der SPD zur Europawahl 1999 am 8. Dezember 1998 in Saarbrücken, zit. nach: http://www.spd.de/archiv/europa/Eur19981208_896.html.

54 Wie sehr dieses Bild allerdings dem klassischen realistischen Bild entspräche, zeigt die Analyse von Link 1998.

Weimarer Republik				
Anderes	4	9	12	9
Weiß nicht	4	4	5	5

(Quelle: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993-1997, Band 10, hrsg. von Elisabeth Noelle-Neumann und Renate Köcher, München: K. G. Saur 1997:503-504).

Tabelle 2

Frage: Drei Männer unterhalten sich über unsere wehrpolitische Lage (WPL92 und WPL93: sicherheitspolitische Lage) und darüber, ob es angebracht ist, die Höhe der Ausgaben für die Bundeswehr zu verändern. Die Meinungen sind auf diesem Blatt aufgeführt. Welche Meinung finden Sie am richtigsten?

1. Der erste sagt: „Ich halte die Lage jetzt für gefährlich, man sollte die Ausgaben für die Bundesrepublik erhöhen.“
2. Der zweite sagt: „Wir müssen für die Bundeswehr so viel ausgeben wie auch die anderen Länder, ich meine, wie die im Westen und im Osten pro Kopf der Bevölkerung für ihre Verteidigung ausgeben.“
3. Der dritte sagt: „Ich meine, in der heutigen Lage können wir uns erlauben, bei der Bundeswehr gewisse Einsparungen vorzunehmen.“

(Prozentwerte)

	WPL81	WPL84	WPL89	WPL90	WPL91	WPL92	WPL93
1. Ausgaben erhöhen	18,8	9,5	3,6	3,8	4,0	4,8	5,3
2. Wie andere Länder	54,5	52,5	41,6	30,1	30,9	31,9	41,8
3. Einsparungen bei BW	26,7	37,9	54,8	66,0	65,1	63,2	52,9
Ungültig	2,2	1,2	1,2	1,2	1,0	1,3	1,1
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
N	1753	1806	1918	1924	2096	1949	2000

(Quelle: Emnid-Umfragen im Auftrag des Bundesministeriums für Verteidigung; die Daten wurden übernommen aus Rattinger/Behnke/Holst 1995:60f).

Die *zweite* Beobachtung besteht darin, dass eine zunehmende Mehrheit der Deutschen nicht nur das selbstbewusste außenpolitische Auftreten der neuen Generation für gut befindet, sondern auch seit der Vereinigung in substanziellen Fragen der Außenpolitik gewisse Normalisierungssympathien an den Tag legt (vgl. hierzu illustrativ die Tabellen 2 bis 4). Nicht alle gehen zwar so weit wie jener Leser der FAZ, der nach Schröders Absage der Teilnahme an den französischen Gedenkfeierlichkeiten zum Ende des ersten Weltkrieges in Paris frohlockte, dass nun endlich Schluss sei mit der „Demutspolitik“ Helmut Kohls. Das Echo auf die Walser-Rede belegt aber, dass Schröders Vorhaben, „unbefangener“ aufzutreten, einer weit verbreiteten und nunmehr endlich auch von einem der höchsten politischen Repräsentanten dieses Staates abgesegneten Sehnsucht nach Normalität in der deutschen Öffentlichkeit entspricht. Dass „Schröder in Europa selbstbewusster auftritt als Kohl“, erscheint schon als eine nicht weiter problematisierungsbedürftige Prämisse in einer repräsentativen Umfrage. Dass 80 Prozent der befragten Deutschen dies „gut“ finden (vgl. Tabelle 5), ist aber zumindest für diejenigen nicht ganz so unproblematisch, die der Auffassung zuneigen, dass ein zur Schau gestelltes deutsches Selbstbewusstsein in Europa ganz andere Wirkungen zeitigen könnte, als wenn die Briten oder Franzosen sich selbstbewusst geben – oder anders formuliert: dass den Deutschen eben nicht zugestanden wird, „es so wie die anderen auch“ zu machen. Gewiss, „verdrängen“ will keiner, und wie die oben zitierten Umfragedaten zum „Besonderen“ in der deutschen Geschichte zeigen, ist den meisten wohl klar, dass Selbstbewusstsein und Normalitätssehnsucht unterschiedliche Dinge sind. Aber Schröder scheint vielen aus dem Herzen zu sprechen, wenn er sagt, dass er den Blick doch vor allem „nach vorne“ richten will.⁵⁵

Tabelle 3

Frage: Die UNO, die Vereinten Nationen, verfügen über internationale Friedenstruppen, die den Waffenstillstand in verschiedenen Krisengebieten der Welt überwachen. Nun ist vorgeschlagen worden, daß sich auch

55 Dass die Eindrücke von deutschen Wirklichkeiten trotzdem vielschichtig bleiben und sich – wie die Debatte zwischen Ignaz Bubis und Martin Walser unterstrichen hat – die Befangenen nicht nur unter den aussterbenden politischen Generationen der Bonner Republik finden, bringt der Essay von Bernard-Henri Lévy stilistisch dadurch zum Ausdruck, dass er seine Spaziergangseindrücke aus Deutschland mit der Charakterisierung des „normalen“ Deutschen Gerhard Schröder beginnt und mit dem „europäischen Verfassungspatrioten“ Joschka Fischer endet; vgl. Lévy, Ein paar Versuche, in Deutschland spazierenzugehen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.2.1999:50 und 18.2.1999:45-46.

Bundeswehrsoldaten an diesen Internationalen Friedenstruppen beteiligen sollen. Darüber unterhalten sich hier zwei. Wem von beiden stimmen Sie eher zu? (Prozentwerte)

	Westdeutschland				Ostdeutschland		
	1988	1993	1995	1996	1993	1995	1996
„Ich bin gegen einen solchen Einsatz der Bundeswehr. Es ist nicht Aufgabe der Bundesrepublik, Truppen in Krisengebiete in anderen Teilen der Welt zu schicken. Gerade wir Deutschen sollten uns angesichts unserer Vergangenheit bei solchen Fragen besonders zurückhalten.“	44	31	29	28	43	52	44
„Das sehe ich anders. Ein Land von der Bedeutung der Bundesrepublik kann sich nicht einfach seinen weltpolitischen Verpflichtungen entziehen. Wir müssen als Mitglieder der UNO bereit sein, auch internationale Verantwortung zu übernehmen, wie das auch von uns erwartet wird.“	36	54	54	56	42	29	42
Unentschieden	20	15	17	16	15	19	14
Summe	100	100	100	100	100	100	100

(Quelle: Allensbacher Jahrbuch, Bd. 10:1144-1145).

Tabelle 4

Frage: Welche Stellung das vereinte Deutschland in Zukunft in Europa haben soll, darüber unterhalten sich hier zwei. Wem von beiden stimmen Sie eher zu? (Prozentwerte)

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1990	1996	1990	1996
„Wir sollten uns doch lieber zurückhalten. Es reicht, wenn wir wirtschaftlich stark sind, da brauchen wir nicht noch eine politische Führungsrolle zu spielen.“	57	33	62	42
„Das vereinte Deutschland ist das wirtschaftlich stärkste Land in Europa. Deshalb muss Deutschland auch eine Führungsrolle in Europa übernehmen, sonst werden unsere Interessen im Vereinten Europa zu wenig berücksichtigt.“	30	52	28	41
Unentschieden	13	15	10	17
Summe	100	100	100	100

(Quelle: Allensbacher Jahrbuch, Bd. 10:1154).

Genau darin aber liegt – und dies ist die *dritte* Beobachtung – das Problem, denn was viele Nachbarn sehen, wenn sie „nach vorne“ blicken, ist ein selbstbewusstes Deutschland, das sich anschickt, in Europa (wieder) den Ton anzugeben. Diese Befürchtungen richten sich weniger auf den deutschen Außenminister als auf den Nachfolger „des Dicken“, wie Schröder seinen Vorgänger in Davos bezeichnete (Drozdiak 1999; Adam 1999). Hinter vorgehaltener Hand meinten anfangs zwar anonyme US-Regierungsmitglieder, dass auch Fischers Versuch, Vertrauen zu schaffen, „fehlgeschlagen“ sei (vgl. Cohen 1999), aber unter den europäischen Nachbarn erscheint Fischer in der Riege der Befangenen eher als der letzte Kohlianer. „Schröders Deutschland“ erscheint im Vergleich dazu weit weniger vertrauenswürdig, sehen einige Beobachter hier doch statt der versprochenen „außenpolitischen Kontinuität“ vor allem eine bislang ungekannte „verwegene, häufig herausfordernde Direktheit, die eine radikale Abkehr von anderen

deutschen Nachkriegsregierungen darstellt.“ (Cohen 1998).⁵⁶ Kurzum, hier scheint manchen „ein Deutschland wieder (zu) entstehen, das immer anspruchsvoller, gebieterischer, majestätischer auftritt und noch dazu überrascht und entrüstet scheint, wenn man dies erwähnt.“⁵⁷

Ob sich diese „herausfordernde Direktheit“ und das „gebieterische Auftreten“ allerdings tatsächlich in einer substanziellen Veränderung der Außenpolitik niederschlagen wird, wird unterschiedlich beurteilt. Im Kontrast zum Korrespondenten der New York Times und dem Sekretär der Académie Française meint etwa der Korrespondent des „Economist“, dass die Zukunft der deutschen Außenpolitik in einem „the same as usual, only more so“ bestehen werde. Allerdings konzidiert auch er *einen* „großen Wandel“: „Germany is now run by politicians who trust their countrymen.“ (Grimond 1999). Alles in allem übersteigt die Zahl der anklagenden bis eher besorgten Stimmen, die aus dem Ausland seit dem Regierungswechsel zu vernehmen sind, die beruhigenden um ein Vielfaches, wobei ausländische Verweise auf Stoibers Europapolitik, Lafontaines Finanzpolitik oder Trittins Umweltpolitik durchaus klar machen, dass sich die neuen Sorgen nicht ausschließlich auf den deutschen Kanzler, sondern in einem breiteren Sinne auf die selbstbewusste deutsche Generation im Allgemeinen bezieht, die er wie kein anderer verkörpert.

Tabelle 5

Januar 1999	Ja	Nein
„1999 wird die Bundesrepublik 50 Jahre alt. Sollte Deutschland jetzt selbstbewußter auftreten als bisher?“	68	25
„Schröder tritt selbstbewußter in Europa auf als Kohl. Finden Sie das gut?“	82	12

(Quelle: Infratest/dimap im Auftrag der ARD Talkshow „Sabine Christiansen“ am 3. Januar 1999 zum Thema „1999 – Die Deutschen kommen“, <http://www.sabine-christiansen.de/03011999.htm>)

Und dies führt in einer Art *Synthese via Analogie* zur vierten Beobachtung im Sinne des einleitenden Zitates von George Herbert Mead: So wie das „Selbst“ des Individuums ein Produkt seiner Sozialisation ist, so ist auch das „Selbst“ von Nationen (oder anderen „vorgestellten politischen Gemeinschaften“) das Produkt eines Sozialisationsprozesses. Am (imaginären) „Anfang“ ist dieses „Selbst“ noch nicht da, es ergibt sich aber unweigerlich im Verlauf sozialer Handlungen und Erfahrungen. Die politische Gemeinschaft der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Bürger stellt sich selbst beispielsweise dann als „Nation“ vor, wenn sich das „Rauschen von Nationalinformationen“ wie es „in den Ohren und den Körpern“ der umliegenden, ihrerseits eingegrenzten politischen Gemeinschaften zu hören ist, auch auf die „Bevölkerung“ innerhalb deutscher Grenzen ausbreitet (vgl. Sloterdijk 1990:51). So wie die beiden deutschen Teilstaaten nach dem Zweiten Weltkrieg aus innerem Antrieb wie auch aufgrund äußeren Drucks als nationale Entsagungsprojekte (oder „Rationalstaaten“, Hacke 1988:7) in das westliche bzw. östliche Europa resozialisiert wurden, so lassen sich heute innerhalb wie außerhalb Deutschlands Aktivitäten und Entwicklungen beobachten, die als normalisierende National-Sozialisierungsversuche interpretiert werden können.

Eine normalisierende Nationalsozialisation ist allerdings nicht die einzige Möglichkeit im Spektrum „außen“politischer Zukünfte. Wem noch der beschwörende Redeschwall vom „europäischen Deutschland“ von Anfang der 1990er Jahre in den Ohren klingt, und wer Anfang des Jahres 1999 den kommenden Bundespräsidenten die bekannte Formel wiederholen hörte, dass „wir (...) ein europäisches Deutschland und kein deutsches Europa (wollen)“, der wird mit Johannes Rau und Joschka Fischer auch dann die Hoffnung auf „weitere substanzielle Schritte zur Vergemeinschaftung“ in der Europäischen Union „bis hin zur Vollendung der politischen Union“ (vgl. Fischer 1999) noch nicht ganz aufgeben wollen, wenn er einräumt, dass nicht nur Deutschland, sondern auch Europa seit 1990 merklich „deutscher“ geworden ist. Dies zeigt sich nicht nur darin, dass der Euro heute „deutsch spricht“ (Waigel), sondern auch in einer Reihe anderer institutioneller Veränderungen innerhalb der NATO und der EU. Zwar haben die Deutschen bei weitem nicht alle ihre europapolitischen Ziele durchgesetzt, von welchem anderen europäischen Land (außer dem serbisch dominierten ex-Jugoslawien) aber könnte man sagen, dass es die europäische Landschaft in den letzten zehn Jahren ähnlich tief geprägt hat?

Was spricht aber eigentlich dagegen, *Europa europäischer* statt *Deutschland deutscher* zu machen? Hans-Peter Schwarz hat diese Frage schon vor fünf Jahren mit dem Hinweis beantwortet, dass die Bundesrepublik „vorerst keine

56 Die Konnotationen von „bolder“ im Deutschen rangieren zwischen „verwegener“, „dreister“ und „frecher“ bis zu „anmaßender“. Ähnliche Vorhaltungen (wenn auch in deutlich zurückhaltenderem Ton) werden Schröder auch innerhalb seiner eigenen Partei gemacht, vgl. Bannas 1999.

57 So äußerte sich der Ständige Sekretär der Académie Française, Druon. In einem Beitrag für die Zeitung „Le Figaro“ kritisierte er in ungewöhnlich scharfem Ton die deutsche Sprachenpolitik, u.a. mit Verweis auf den von der Regierung Schröder angezettelten Sprachenstreit in der EU. Druon sagte voraus, dass Europa auf eine „deutsch-französische Konfrontation“ zusteure und dadurch eine Periode der „Aufstände und Revolten“ in der EU eingeleitet werde. Frankreich müsse sich dadurch schützen, dass es eine Allianz mit Großbritannien bilde, denn „wenn wir verhindern wollen, dass der Motor allein deutsch wird, ist es wichtig, dass das Vereinigte Königreich seine Zylinder dazu gibt und vor allem seine Bremsen, die solide sind“; zit. nach Wiegel 1999.

Partner für einen vereinigten Bundesstaat“ finden wird (Schwarz 1994:35). Andere würden sagen, dass dieses Europa aufgrund eines fehlenden „demos“ für ein staatliches Föderalisierungsprojekt nicht taugt und daher das Integrationsprojekt nur unter Berücksichtigung „autonomieschonender“ Arrangements für die nationalstaatlichen Mitglieder der EU vorangetrieben werden könne.⁵⁸ Hinter beiden Behauptungen verbergen sich allerdings Annahmen, die ihrerseits problematisierungsbedürftig sind. Dass die Bundesrepublik „keine Partner“ für ein solches Projekt findet, ist schlichtweg falsch, denn selbst wenn man auf der *staatlichen* Ebene bleibt, finden sich nach wie vor Mitgliedsstaaten, die auf diesem Weg mitgehen würden – ganz zu schweigen davon, dass es nach wie vor zahlreiche „postnational“ (Habermas) gestimmte *gesellschaftliche* Kräfte in *allen* EU-Mitgliedsstaaten gibt, die ein Föderalisierungsprojekt als Leitbild weiterhin unterstützen. Schwarz hat allerdings insofern recht, als es *derzeit* schwierig sein dürfte, in *den dafür vorgesehenen staatenzentrierten Entscheidungsgremien* die *zwischenstaatlich vereinbarten* Verfassungs-Mehrheiten zustande zu bringen, um ein solches Projekt voranzutreiben. Der zweite Einwand, dass derzeit (und wohl auch auf absehbare Zeit) ein „demos“ als Träger einer europäischen Demokratie fehle, beruht auf der keineswegs unstrittigen Annahme, „dass kollektive Identitäten sich (...) primär auf durch primordiale Faktoren (...) gestiftete soziale Beziehungen zurückführen lassen“ bzw. dass sich eine über solche, primordial definierte Gemeinschaften hinausreichende, „zivile Gemeinschaftlichkeit wesentlich in räumlich und zeitlich (historisch) gestifteten Kontinuitätsenerwartungen (...) gründet.“ Wenn man dem aber die „Idee einer europäischen Zivilgesellschaft“ gegenüberstellt, in der „die Vorstellung einer wechselseitigen Verschränkung von Prozessen der Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung auf transnationaler Ebene“ angelegt ist, dann kann man zeigen, dass eine „dritte demokratische Transformation“ auf supranationaler europäischer Ebene ein Ideal darstellt, dessen Realisierung auch dann erstrebenswert sein kann, wenn man pragmatische Überlegungen wie beispielsweise jene, dass deutsche Macht in einem größeren europäischen Verbund relativierend eingebunden bleiben sollte, beiseite lässt.⁵⁹

Tabelle 6a

Frage: „Hat Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union eigentlich mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, Vorteile und Nachteile gleichen sich aus?“ (Prozentwerte)

	Mehr Vorteile	Mehr Nachteile	Gleicht sich aus	Weiß nicht/k.A.	Summe
Westdeutschland					
1979	15	25	46	14	100
1984	13	36	39	12	100
1990	24	27	40	9	100
1991	22	27	41	10	100
1992	16	36	37	11	100
1993	17	39	34	10	100
1994	18	32	41	9	100
1995	19	22	48	11	100
1996	13	36	40	11	100
Ostdeutschland					
1990	35	7	36	22	100
1991	24	13	38	25	100
1992	14	21	40	25	100
1993	15	27	37	21	100
1994	12	30	42	16	100
1995	12	27	41	20	100
1996	10	34	36	20	100

(Quelle: Allensbacher Jahrbuch, Bd. 10:1158).

Die Bundesrepublik ist aufgrund ihrer vergangenen, in ihren Selbstbeschreibungen eigentlich durchweg als „Erfolgsgeschichte“ dargestellten Entwicklung immer noch prädestiniert, als Vorreiter eines solchen Föderalisierungsprojektes zu fungieren. Dies gilt nicht zuletzt deshalb, weil die Vermutung berechtigt ist, dass die Bevölkerung der Bundesrepublik ein Integrationsprojekt, das den Demokratisierungsgedanken ernst nimmt, stärker unterstützen würde als ein lediglich auf weitere Integration bedachtes Projekt. Insofern sind Zweifel an der Einschätzung Gerhard Schröders angebracht, dass „die Menschen in unserem Land (...) *nur* für die Integration zu gewinnen (sind), wenn die Lasten in Europa fair verteilt werden.“⁶⁰ Der hier suggerierte kausale Zusammenhang zwischen so genannter „Beitragsgerechtigkeit“ und Integrationsbereitschaft ist nämlich weniger vorhanden, als dass er

58 Vgl. etwa Scharpf (1995) und Kielmannsegg (1996).

59 Alle Zitate nach Schmalz-Bruns 1997:71, 74, 77; vgl. ferner Habermas 1998b:149-156 sowie Forschungsgruppe Weltgesellschaft 1996.

60 Schröder, Regierungserklärung 10.12.1998, S. 967.

durch die Prediger deutschen Selbstbewusstseins hervorgerufen wird (vgl. hierzu die Zahlen in Tab. 6a, 6b einerseits sowie Tab. 7 andererseits).

Tabelle 6b

Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Beurteilung der Vor- und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft im Bundesgebiet insgesamt (Prozentwerte)

	Eher Vorteile	Eher Nachteile	teils/teils	Weiß nicht / keine Angabe	Summe
1983	27	23	46	4	100
1989	24	31	44	1	100
1993	22*	29*	50*	??*	100*
1995	25	29	46	0	100
1999**	46	41	10	4	100

* Da diese Zahlen korrekt übertragen wurden, muss hier ein Rechenfehler der Autoren vorliegen.

**Die Umfrage 1999 basierte auf Telefongesprächen, die vorherigen auf face-to-face Interviews. Das Fragemodell war aber in beiden Fällen identisch.

(Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Bereich Forschung und Beratung, zit nach: Veen/Wilamowitz-Moellendorff/Graf 1999:5).

Tabelle 7

Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Stellung Deutschlands in Europa (Prozentwerte, Angaben für Bundesgebiet insgesamt).

	1991	1993	1995	1996	1997*	1999
„Wir sollten die politische Einigung Europas vorantreiben und auf nationale Unabhängigkeit verzichten.“	46	31	33	26	32*	40
„Wir sollten die europäische Einigung nicht weitertreiben, sondern die Europäische Union belassen wie sie ist.“	36	52	50	52	39*	40
„Wir sollten eine national unabhängige Politik außerhalb der Europäischen Union verfolgen.“	17	15	16	21	14*	17
weiß nicht / keine Angaben	1	2	1	1	15*	13
Summe	100	100	100	100	100	100

* Im Jahr 1997 wurde nach Angaben der Autoren eine „leicht veränderte Frageformulierung“ vorgelegt. Worin die Änderung genau bestand, wird allerdings nicht gesagt.

(Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Bereich Forschung und Beratung, zit nach: Veen/Wilamowitz-Moellendorff/Graf 1999:10).

6. Von Bonn nach Berlin – und Straßburg?

Wenn es, wie Jürgen Habermas vor vier Jahren zutreffend formulierte, „nur die Vermeidung eines auftrumpfend-zudeckenden Bewusstseins von ‚Normalität‘“ war, die „auch in unserem Land halbwegs normale Verhältnisse hat entstehen lassen“ (Habermas 1995b:171), wir jetzt aber eine „linksnationale Sinnverschiebung“ der Begriffe „Normalität“ und „Berliner Republik“ konstatieren müssen, die von einem „ebenso medienempfindlichen, wie normativ entkernten Kanzleramt“ betrieben wird (Habermas 1999), dann lässt dies für die Zukunft nicht viel Gutes erwarten. „Muss“ aber die Europäische Union wirklich „ein Staatenbund bleiben“, wie Edmund Stoiber fordert (Stoiber 1999), oder sollte sich die Berliner Republik nicht eher von den Vorstellungen Joschka Fischers leiten lassen und ihr Selbst – wie im Falle ihrer Vorgängerin, der Bonner Republik – in erster Linie dadurch definieren, dass sie sich als Vorreiterin einer europäischen Politischen Union engagiert? Eine Antwort könnte darin bestehen, dem suggerierten „entweder-oder“ einer dichotomischen Entgegensetzung von Berliner Selbstbewusstsein und Bonner Befangenheit auszuweichen und eine Aufhebung dieser Gegensätze im Selbstbewusstsein eines europäischen Verfassungspatriotismus anzustreben. Die einflussreichen Repräsentanten Deutschlands könnten sich also weigern, sich im europäischen Umfeld im Sinne jener „normalen“ Nationalstaatlichkeit resozialisieren zu lassen, wie sie ihnen von der Mehrheit ihrer Nachbarn in Ost und West – vor allem den größeren wie Frankreich oder England – angedient wird. Der Umzug in die Berliner Republik wäre in diesem Sinne kein Einzug in „die zeitlich unbegrenzte neue Normalität“ eines Nationalstaates (Bahr), sondern eine Durchgangsstation auf dem Weg „nach Straßburg“. Das Visionäre einer solchen Politik bestünde dabei nicht so sehr darin, wie es ihr gelingt, deutsche Vorstellungen einer

föderalen Politischen Union gegen vermeintlich „rückwärts gewandte“ Konzeptionen eines „Europa der Nationen und Regionen“⁶¹ durchzusetzen. Vielmehr bestünde es (positiv gewendet) darin, jene zivilgesellschaftlichen Kräfte in den unterschiedlichsten transnationalen und intergouvernementalen Räumen Europas zu mobilisieren, die nicht gewillt sind, in der Nation die Endstufe einer „vorgestellten politischen Gemeinschaft“ zu sehen. Eine visionäre Politik supranationaler Demokratisierung in diesem Sinne definiert sich insofern gerade nicht als Realitätsabgewandtheit oder Alltagsflucht, sondern vielmehr als Rekonstruktion eines alternativen Zukunftshorizontes des „Regierens *jenseits* des Nationalstaates“ (vgl. Zürn 1998). Die in diesem *Selbstbewusstsein* aufgehobene (Un-)Befangenheit würde sich nicht auf den „Stolz“ einer „erwachsenen Nation“ kaprizieren. Vielmehr würde *dieses* Selbstbewusstsein sich in der Vorstellung ausdrücken, dass aufgrund der Entscheidung, „das ‚Nie-wieder-Auschwitz‘“ zum „Fundament“ auch der Berliner Republik zu machen, „nichts im Wege steht, dass *dieser* Verfassungspatriotismus auch der Patriotismus Europas“ sein könnte.⁶²

Nun ist die Wegstrecke „nach Straßburg“ in den letzten vierzig Jahren nur unmerklich kürzer geworden. In gewisser Weise könnte man sogar sagen, dass zwischenzeitlich aufgrund unzähliger „Mehrebenen“-Baustellen in Brüssel, in Luxemburg, in den Hauptstädten der Mitgliedsstaaten und in den Regionen so viele Umleitungen gelegt worden sind, dass derzeit kaum noch ersichtlich ist, wie die „Straßburger Republikaner“⁶³ jemals ans Ziel gelangen sollen, d.h. wie jene europäische Verfassung geschaffen werden kann, auf die wir dann getrost unsere „patriotischen“ Emotionen übertragen können. Eugen Kogons vor fünfzig Jahren geäußerte Befürchtung, dass der funktionalistische Integrationsmodus „für sich allein stets dazu neigen (wird), übernationale Bürokratien hervorzubringen“, weil er „vom guten, das heißt vom erwiesenen schlechten Willen der Minderheit im Ministerkomitee“ abhängig ist (Kogon 1995:117), hat sich auf den Dauerbaustellen Europas auf desillusionierende Art bewahrheitet. Einigen Beobachtern erscheint dieses Agglomerat durchbürokratisierter Mehrebenensysteme bereits als ein ausgeklügeltes System autonomiemaximierender Herrschaftssicherung durch (nationalstaatliche) politische Systeme, insbesondere deren Regierungen und Bürokratien.⁶⁴ Wenn aber die derzeit auch in der Außenpolitikanalyse populäre Rede von „Ideen“ *als Ursachen außenpolitischer Verhaltens* ernst genommen und nicht nur als empirisches Phänomen kausalanalytisch „getestet“ werden würde, dann gäbe es überhaupt keinen Grund, sich mit einer europäischen Dauerbaustelle abzufinden, auf der nur Verwaltungsgebäude erstellt und Richtlinien erlassen werden.

7. Schluss: Pragmatisch-hermeneutische Einmischung

Zusammenfassend daher nochmals die Frage: was sollen wir tun? *Wir*, die Theoretikerinnen und Theoretiker der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen, sollten uns *weder* allzu sehr an unmittelbaren Verwertungsinteressen der Praktiker, *noch* an einem praxisentobenen Projekt der Wissenschaftlichkeit als Wahrheitssuche orientieren. Vielmehr sollten wir uns als Expertinnen und Experten *einmischen*. Dies erfordert vor allem, dass wir den Praktikern genau auf die Finger (und „aufs Maul“) schauen, wenn sie Außenpolitik machen. Und dies wiederum bedeutet zum einen, dass wir ein Sensorium für ihre je eigenen Weisen entwickeln sollten, wie *sie* Probleme definieren und dann zu lösen versuchen. Zum anderen erfordert es ein begriffliches oder auch methodologisches Instrumentarium, um diese Problemsichten verständlich und dadurch auch erst kritisierbar zu machen. Das, was ich hier in groben Zügen als pragmatistisch inspirierte Diskursanalyse – im Sinne jener Wittgensteinschen „übersichtlichen Darstellung“ außenpolitischer Rede- und Handlungsweisen – skizziert habe, kann meines Erachtens dabei nützlich sein.

Als Orientierungspunkte zur Beschreibung wie auch zur Kritik von Außenpolitik können wir dabei auf den reichen Erfahrungsschatz der Politikwissenschaft im Allgemeinen wie auch der Internationalen Beziehungen (einschließlich der Friedensforschung und der sicherheitspolitischen Forschung) zurückgreifen. Wichtig wäre dabei, dass wir diesen Erfahrungsschatz als ein Ganzes betrachten und nicht als segmentierte, inkompatible Teile, bestehend aus inkommensurablen Paradigmen oder sich wechselseitig ausschließenden Klein- oder Groß-Theorien. Dies soll nicht heißen, dass wir nun alle *zugleich* Realisten *und* Idealisten, Friedensforscherinnen *und* Sicherheitsforscherinnen sein sollen. Dies würde uns wohl überfordern, denn wie alle anderen auch sind wir als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Produkte *und* Schöpfer je eigener, biografisch gewachsener und politischer wie wissenschaftlicher „Überzeugungs- und Wunschnetze“. Unseren Erfahrungsschatz *als Ganzes* in den Blick zu nehmen heißt lediglich, dass wir uns im Sinne Rortys als Hermeneutiker unserer Freunde wie Gegner verhalten – denn abgesehen von unserer Konditionierung als wahrheitsfixierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gibt es keinen triftigen Grund zu der Annahme, dass sich nicht aus *allen* diesen Erfahrungsbeständen hilfreiche Handlungsanleitungen entnehmen lassen sollten.

61 So etwa die Formel bei Edmund Stoiber, Europa und die künftige Rolle der Regionen.

62 Vgl. Lévy 18.2.1999:46.

63 Vgl. hierzu die Äußerungen des hessischen Justizministers, Ruppert von Plottnitz, „Straßburger statt Berliner Republik“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.1.1999:5.

64 Vgl. Wolf (1997:271-294 sowie 1999a:303-330). Eine ausführliche Darlegung dieser Argumentation in Buchlänge findet sich bei Wolf 1999b.

Literatur

- (anonym): Total normal? In: Der Spiegel, Nr. 49:40-48, 30. November 1998.
- Adam, Werner: Schröders Debüt in Davos. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.2.1999:2.
- Alemann, Ulrich von: Grundlagen der Politikwissenschaft – Ein Wegweiser. Opladen 1995.
- Anderson, Benedict: Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism. New York 1991.
- Bahners, Patrick: Total Normal – Vorsicht Falle: Die unbefangene Nation. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. November 1998:43.
- Bahr, Egon: Die „Normalisierung“ der deutschen Außenpolitik. In: Internationale Politik, 54/1999/1:41-52.
- Bannas, Günter: Schröder: Frankreich und Deutschland bleiben Schwungräder der europäischen Einigung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.9.1999, S. 1-2.
- Bernstein, Richard J.: American Pragmatism: The Conflict of Narratives. In: Saatkamp Jr., Herman J. (Ed.): Rorty and Pragmatism. The Philosopher Responds to His Critics, Nashville: Vanderbilt University Press 1995:54-67
- Blumenberg, Hans: Paradigmen zu einer Metaphorologie. Frankfurt 1998 (1960).
- Ceyhun, Ozan: Ein latenter Vorwurf des Nationalismus. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 30. Mai 1999:4.
- Cohen, Roger: Germany's Pragmatic Ex-Radical Thinks Globally. In: New York Times, 28.1.1999.
- Cohen, Roger: Schroeder's Germany Grows Bolder – Irritating Its Allies. In: New York Times, 12.12.1998
- Czempiel, Ernst-Otto: Der Stand der Wissenschaft von den Internationalen Beziehungen und der Friedensforschung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Beyme, Klaus von (Hg.): Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 17), Opladen 1986:250-263.
- Czempiel, Ernst-Otto: Internationale Politik – Ein Konfliktmodell. Paderborn 1981.
- Davidson, Donald: Reply to Oliver Scholz („What Metaphors mean“ and how Metaphors Refer). In: Stoecker, Ralf (Ed.): Reflecting Davidson – Donald Davidson Responding to an International Forum of Philosophers. Berlin/New York: Walter de Gruyter 1993.
- Davidson, Donald: Was Metaphern bedeuten – In: Ders.: Wahrheit und Interpretation. Frankfurt 1990:343-371.
- Drozdiak, William: Schroeder Is Finding Shoes of „Fat Man“ Painful to Fill. In: Washington Post, 3.2.1999:A12.
- Evera, Stephen van: Guide to Methods for Students of Political Science. Ithaca: Cornell University Press 1997.
- Fischer, Frank / Forester, John (Eds): The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning, Durham 1993.
- Fischer, Joschka: Die Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft – Rede von Bundesaußenminister Joschka Fischer vor dem Europäischen Parlament in Straßburg am 12.1.1999. In: Bulletin, Nr. 2, 14.1.1999.
- Forschungsgruppe Weltgesellschaft: Weltgesellschaft: Identifizierung eines „Phantoms“. In: Politische Vierteljahresschrift, 37/1996/1:5-26.
- Foucault, Michel: Archäologie des Wissens, Frankfurt: Suhrkamp 1995 (7).
- Genova, Judith: Wittgenstein – A Way of Seeing. New York / London: Routledge 1995.
- Gerner, Deborah J.: The Evolution of the Study of Foreign Policy. In: Neack, Laura / Hey, Jeanne A. K. / Haney, Patrick J. (Eds.): Foreign Policy Analysis – Continuity and Change in Its Second Generation. Englewood Cliffs 1995:17-32.
- Grimond, John: The Berlin Republic. A Survey of Germany. In: The Economist, 6.2. 1999:21.
- Gross, Johannes: Begründung der Berliner Republik – Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1995.
- Habermas, Jürgen: Die nachholende Revolution. Frankfurt 1990
- Habermas, Jürgen: Vergangenheit als Zukunft – Das alte Deutschland im neuen Europa? Ein Gespräch mit Michael Haller. München 1993.
- Habermas, Jürgen: Die Normalität einer Berliner Republik, Frankfurt 1995 (1995a).
- Habermas, Jürgen: 1989 im Schatten von 1945. Zur Normalität einer künftigen Berliner Republik. In: Ders.: Die Normalität einer Berliner Republik. Frankfurt 1995:167-188 (1995b).
- Habermas, Jürgen: Rortys pragmatische Wende. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 44/1996/5:715-741.
- Habermas, Jürgen: „Es gibt doch Alternativen“ – Interview mit Jürgen Habermas. In: Die Zeit, Nr. 42:12-15, 8. Oktober 1998 (1998a).
- Habermas, Jürgen: Die postnationale Konstellation. In: Ders.: Die postnationale Konstellation. Frankfurt 1998:149-156 (1998b).
- Habermas, Jürgen: Rortys patriotischer Traktat (Rezension zu Richard Rorty: Stolz auf unser Land). In: Süddeutsche Zeitung, 27./28. Februar 1999.
- Hacke, Christian: Traditionen und Stationen der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/88, 15.1.1988.

- Hacke, Christian: Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Berlin 1993.
- Hacke, Christian: Nationales Interesse als Handlungsmaxime für die Außenpolitik Deutschlands. In: Kaiser, Karl / Krause, Joachim (Hg.): Deutschlands neue Außenpolitik, Band 3: Interessen und Strategien. München 1996:3-13.
- Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen? Berlin 1997 (3).
- Haftendorn, Helga: Zur Theorie außenpolitischer Entscheidungsprozesse. In: Rittberger, Volker (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. (PVS-Sonderheft 21/1990), Opladen 1990:401-423.
- Haftendorn, Helga / Karl, Wolf-Dieter / Krause, Joachim / Wilker, Lothar: Verwaltete Außenpolitik. Sicherheits- und entspannungspolitische Entscheidungsprozesse in Bonn. Köln 1978.
- Hamilton, Daniel S.: Beyond Bonn – America and the Berlin Republic. Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace 1994.
- Hawthorn, Geoffrey: Plausible Worlds – Possibility and Understanding in History and the Social Sciences. Cambridge: Cambridge University Press 1991.
- Heilbrunn, Jacob: Germany's New Right. In: Foreign Affairs, (November/December) 75/ 1996/6:80-98
- Heinrich, Arthur: „Freiheit für die Außenpolitik“ – Ausflüge in die Berliner Republik. In: Fuchs, Katrin / Oertzen, Peter von / Volmer, Ludger (Hg.): Zieht die Linke in den Krieg? Beiträge zur Debatte um Kampfeinsätze aus rot-grüner Sicht, Köln 1993:19-37.
- Hellmann, Gunther: Goodbye Bismarck? The Foreign Policy of Contemporary Germany. In: Mershon International Studies Review, Vol. 40/1996/1:1-39 (April 1996).
- Hellmann, Gunther: Jenseits von „Normalisierung“ und „Militarisierung“: Zur Standortdebatte über die neue deutsche Außenpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B1-2: :24-33 (3. Januar 1997).
- Hellmann, Gunther: „Machtbalance und Vormachtdenken sind überholt“: Zum außenpolitischen Diskurs im vereinigten Deutschland. In: Medick-Krakau, Monika (Hg.): Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive (Festschrift für Ernst-Otto Czempiel zum 70. Geburtstag), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1999:97-126 (1999c).
- Hellmann, Gunther: Beyond Weltpolitik – Self-Containment and Civilian Power: United Germany's Normalizing Ambitions (Discussion Paper No. 1, The Birmingham One Europe Series), University of Birmingham 1999.
- Herzog, Roman: „Ein Ortswechsel – kein Richtungswechsel“. Ansprache von Bundespräsident Herzog anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerwürde Berlins im Rathaus in Berlin am 3. Februar 1999. In: Bulletin, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 6:57-58, 9. Februar 1999.
- Hookway, Christopher: Quine, Willard Van Orman. In: Honderich, Ted (Ed.): The Oxford Companion to Philosophy. Oxford: Oxford University Press 1995:738-739.
- Hudson, Valerie M.: Foreign Policy Analysis Yesterday, Today, and Tomorrow. In: Mershon International Studies Review, 39/1995/2:209-238 (October).
- Huelshoff, Michael G. / Markovits, Andrei S.: Introduction. In: Dies. / Reich, Simon (Hg.): From Bundesrepublik to Deutschland – German Politics after Unification. Ann Arbor: The University of Michigan Press 1993:1.
- Jäckel, Hartmut: „Berliner Republik“ – ein falsches Etikett. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.1.1999:12.
- James, William: Pragmatism. New York: Dover Publications 1995(1907):86.
- Joas, Hans: Die Kreativität des Handelns. Frankfurt/Main 1992 (1992a).
- Joas, Hans: Pragmatismus und Gesellschaftstheorie. Frankfurt/Main 1992 (1992b).
- Joffe, Josef / Lilla, Mark / Mertes, Michael / Wolffsohn, Michael / Stürmer, Michael / Birnbaum, Norman: „Mr. Heilbrunn's Planet – On Which the Germans are Back“. Foreign Affairs, Vol. 76/1997/2:152-161 (March/April).
- Kaiser, Karl: Vorwort. In: Ders. (Hg.): Zur Zukunft der deutschen Außenpolitik – Reden zur Außenpolitik der Berliner Republik. Bonn 1998:1-3.
- Keller, Reiner: Diskursanalyse. In: Hitzler, Ronald / Honer, Anne (Hg.): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Opladen 1997:309-333.
- Kennan, George F.: Ein Brief über Deutschland. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 44/1999/5:604-610.
- Kielmannsegg, Peter Graf: Integration und Demokratie. In: Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate (Hg.): Europäische Integration. Opladen 1996:47-71.
- King, Gary / Keohane, Robert O. / Verba, Sidney: Designing Social Inquiry. Scientific Inference in Qualitative Research, Princeton: Princeton University Press, 1994.
- Kogon, Eugen: Nach Straßburg. In: ders. Europäische Visionen, Band 2 der Gesammelten Schriften, hrsg. von Kogon, Michael / Erb, Gottfried; Weinheim 1995.
- Laclau, Ernesto: Discourse. In: Goodin, Robert E. / Pettit, Philip (Eds.): A Companion to Contemporary Political Philosophy, Oxford 1993:431-437.
- Lévy, Bernard-Henri: Ein paar Versuche, in Deutschland spazierenzugehen (I und II). In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.2.1999:50 und 18.2.1999:45-46.

- Link, Werner: Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, München 1998.
- Lohse, Eckart: Ministerpräsidenten wollen Steuerreform zustimmen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.12.1998:1.
- Mauß, Hanns W.: Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland: Vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik. In: Europa-Archiv, 47/1992/10:269-278.
- Mead, George Herbert: Mind, Self and Society From the Standpoint of a Social Behaviorist (edited and with introduction by Charles W. Morris), Chicago: The University of Chicago Press 1967(1934).
- Menand, Louis: An Introduction to Pragmatism. In: Menand (Ed.) Pragmatism – A Reader. New York: Vintage Books 1997:xi-xxxiv.
- Meyers, Reinhard: Grundbegriffe, Strukturen und theoretische Perspektiven der Internationalen Beziehungen. In: Grundwissen Politik, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1991:220-316.
- Michalka, Wolfgang / Niedhart, Gottfried (Hg.): Die ungeliebte Republik – Dokumentation zur Innen- und Außenpolitik Weimars. 1918-1933. München 1980.
- Möller, Horst: Die Weimarer Republik in der zeitgeschichtlichen Perspektive der Bundesrepublik Deutschland – Traditionen, Problemstellungen und Entwicklungslinien. In: Bracher, Karl Dietrich / Funke, Manfred / Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.): Die Weimarer Republik, 1918-1933, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung 1988(2):587-616.
- Müller, Harald / Risse-Kappen, Thomas: Internationale Umwelt, gesellschaftliches Umfeld und außenpolitischer Prozeß in liberaldemokratischen Industrienationen. In: Rittberger, Volker (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen (PVS-Sonderheft 21/ 1990), Opladen 1990:375-400.
- Mutz, Reinhard: Militärmacht Deutschland? Die Bundeswehr auf der Suche nach ihrer Zukunft. In: Ders. / Solms, Friedhelm/Krell, Gert (Hg.):Friedensgutachten 1994, Münster 1994:213-228.
- Neack, Laura / Hey, Jeanne A. K. / Haney, Patrick J. (Eds.): Foreign Policy Analysis – Continuity and Change in Its Second Generation. Englewood Cliffs 1995.
- Perger, Werner A.: Wir Unbefangenen. In: Die Zeit, Nr. 47:7, 12. November 1998.
- Ploetz, Hans-Friedrich von: Der auswärtige Dienst vor neuen Herausforderungen. In: Kaiser, Karl / Eberwein, Wolf-Dieter (Hg.): Deutschlands neue Außenpolitik. Band 4: Institutionen und Ressourcen. München 1998:59-74.
- Plottnitz, Ruppert von: „Straßburger statt Berliner Republik“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.1.1999:5.
- Putnam, Hilary: Pragmatism. An Open Question, Oxford: Blackwell 1995.
- Putnam, Hilary: Für eine Erneuerung der Philosophie, Stuttgart 1997.
- Quine, Willard Van Orman et al: Two Dogmas of Empiricism. In: Ders.: From a Logical Point of View. Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 1980(1951):20-46.
- Quine, Willard Van Orman et al: Wort und Gegenstand. Stuttgart 1980(1960).
- Rattinger, Hans / Behnke, Joachim / Holst, Christian: Außenpolitik und öffentliche Meinung in der Bundesrepublik. Frankfurt/Main: Peter Lang 1995.
- Rescher, Nicholas: Pragmatism. In: Honderich, Ted (Ed.): Oxford Companion to Philosophy. Oxford: Oxford University Press 1995:710-713.
- Rorty, Richard: Contingency, Irony, and Solidarity. Cambridge: Cambridge University Press 1989.
- Rittberger, Volker / Hummel, Hartwig: Die Disziplin „Internationale Beziehungen“ im deutsch-sprachigen Raum auf der Suche nach ihrer Identität: Entwicklungen und Perspektiven. In: Rittberger, Volker (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen (PVS-Sonderheft 21/1990), Opladen 1990:17-47.
- Rorty, Richard: Contingency, Irony, and Solidarity. Cambridge: Cambridge University Press 1989.
- Rorty, Richard: Daniel Dennett on Intrinsicity. In: Ders.: Truth and Progress. Philosophical Papers. Vol. 3, Cambridge: Cambridge University Press 1998.
- Rorty, Richard: Philosophy and the Mirror of Nature, Princeton: Princeton University Press 1979.
- Rorty, Richard: Physikalismus ohne Reduktionismus. In: Ders.: Eine Kultur ohne Zentrum – Vier philosophische Essays. Stuttgart 1993:48-71.
- Rorty, Richard: Truth and Progress – Philosophical Papers. Cambridge: Cambridge University Press 1998
- Scharpf, Fritz W.: Demokratische Politik in Europa. In: Staatswissenschaft und Staatspraxis, 6/1995/4:565-591.
- Schmalz-Bruns, Rainer: Bürgergesellschaftliche Politik – ein Modell der Demokratisierung der Europäischen Union?. In: Wolf, Klaus Dieter (Hg.): Projekt Europa im Übergang? Probleme, Modelle und Strategien des Regierens in der Europäischen Union, Baden-Baden 1997:63-89
- Schröder, Gerhard: (Rede anlässlich der) 35. Münchener Tagung für Sicherheitspolitik am 6. Februar 1999 in München. In: Bulletin. Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 8 (22. Februar 1999).
- Schröder, Gerhard: „Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen ...“. Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag, 10. November 1998. In: Bulletin, Nr. 74 (11. November 1998).

- Schröder, Gerhard: Erklärung der Bundesregierung. Vorschau auf den Europäischen Rat in Wien am 11./12. Dezember 1998 und Ausblick auf die deutsche Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 1999, abgegeben von Bundeskanzler Gerhard vor dem Deutschen Bundestag am 10.12.1998. In: Bulletin, Nr. 80 (14.12.1998).
- Schröder, Gerhard: Rede des Bundeskanzlers auf der Bundesdelegiertenkonferenz der SPD zur Europawahl 1999 am 8. Dezember 1998 in Saarbrücken, zit. nach: http://www.spd.de/archiv/europa/Eur19981208_896.html.
- Schulte, Joachim: Wittgenstein. Eine Einführung, Stuttgart 1989.
- Schwarz, Hans-Peter: Die Zentralmacht Europas – Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne. Berlin 1994.
- Schwilk, Heimo / Schacht, Ulrich (Hg.): Die selbstbewusste Nation. (3. Aufl.), Berlin 1995.
- Senghaas, Dieter: Deutschlands verflochtene Interessen. In: Internationale Politik, 50. Jg., Nr. 8 (August 1995):31-37.
- Sloterdijk, Peter: Landeskundliche Bemerkungen zu den jüngsten deutschen Tränen. In: Psychologie heute, März 1990.
- Staack, Michael: Großmacht oder Handelsstaat? Deutschlands außenpolitische Grundorientierungen in einem neuen internationalen System. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/98, 13. März 1998:14-24.
- Stoiber, Edmund: Europa und die künftige Rolle der Regionen, Rede des bayerischen Ministerpräsidenten auf der 37. Kooperationstagung der Evangelischen Akademie Tutzing mit der Allianz am 12.1.1999, <http://bayern.de/Politik/Regierungserklaerungen>.
- Veen, Hans-Joachim / Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich von / Graf, Jutta: Die Europäische Union in der öffentlichen Meinung. KAS-Arbeitspapier, Sankt-Augustin April 1999.
- Waever, Ole: Discourse Analysis as Foreign Policy Theory – The Case of Germany in Europe (unveröffentlichtes Manuskript), Copenhagen 1997.
- Waever, Ole: „Resisting the Temptation of Post Foreign Policy Analysis“. In: Carlsnaes, Walter / Smith, Steve (Eds.): European Foreign Policy: The EC and Changing Perspectives in Europe. London: Sage Publications 1994:238-273.
- Wallander, Celeste: Mortal Friends, Best Enemies – German-Russian Cooperation after the Cold War. Ithaca: Cornell University Press 1999.
- Wiegel, Michaela: Französische Kritik an Sprachen-Charta. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. September 1999:2.
- Wittgenstein, Ludwig: Philosophische Untersuchungen. In: Ders.: Werkausgabe Band 1, Frankfurt 1997(1953).
- Wolf, Klaus Dieter: Die neue Staatsräson – Zwischenstaatliche Kooperation als Demokratieproblem in der Weltgesellschaft – Plädoyer für eine geordnete Entstaatlichung des Regierens jenseits des Staates. o.O. 1999.
- Wolf, Klaus Dieter: Die Neue Staatsräson als Demokratieproblem in der Weltgesellschaft. In: Greven, Michael Th. / Schmalz-Bruns, Rainer (Hg.): Politische Theorie – heute. Ansätze und Perspektiven. Baden-Baden 1999:303-330.
- Wolf, Klaus Dieter: Entdemokratisierung durch Selbstbindung in der Europäischen Union. In: Ders. (Hg.): Projekt Europa im Übergang? Probleme, Modelle und Strategien des Regierens in der Europäischen Union. Baden-Baden 1997:271-294.
- Wolf, Klaus Dieter: Was sind nationale Interessen? Versuch einer begrifflichen Orientierungshilfe im Spannungsfeld von Staatsräson, vergesellschafteter Außenpolitik und transnationalen Beziehungen“. In: Calließ, Jörg / Moltmann, Bernhard (Hg.): Die Zukunft der Außenpolitik. Deutsche Interessen in den internationalen Beziehungen. (Loccumer Protokolle 67/1994), Rehburg-Loccum 1995:248-268.
- Zitelmann, Rainer / Weißmann, Karlheinz / Grossheim, Michael (Hg.): Westbindung – Chancen und Risiken für Deutschland. Berlin 1993.
- Zürn, Michael: Regieren jenseits des Nationalstaates. Frankfurt 1998.

(Die Erarbeitung des Beitrages wurde im September 1999 abgeschlossen.)